

# Die Gleichheit

Zeitschrift für die Interessen der Arbeiterinnen

Mit den Beilagen: Für unsere Mütter und Hausfrauen und Für unsere Kinder.

Die „Gleichheit“ erscheint alle vierzehn Tage einmal. Preis der Nummer 10 Pfennig, durch die Post vierteljährlich ohne Bestellgeld 35 Pfennig; unter Kreuzband 85 Pfennig. Jahres-Abonnement 2,60 Mark.

Stuttgart den 3. April 1907

Zuschriften an die Redaktion der „Gleichheit“ sind zu richten an Frau Klara Jettin (Zumbel), Wilhelmshöhe, Post Begetloch bei Stuttgart. Die Expedition befindet sich in Stuttgart, Furtbach-Straße 12.

## Inhalts-Verzeichnis.

Die Sozialpolitik im Reichstag. Von Gustav Hoch. — Umsturz und Revolution. II. Von J. B. — Das Leben einer Idealistin. Von Anna Blas. (Fortf.) — Eine Massenauspeerrung in der Holzindustrie. Von Ernst Veinhardt. — Aus dem österreichischen Wahlkampf. Von Emmy Freundlich. — Säuglingsfürsorgestellen. Von P. H.  
 Aus der Bewegung: Von der Agitation. — Von den Organisationen. — Jahresberichte der weiblichen Vertrauenspersonen von Bernburg, von Burg und von Hohndorf-Rödlitz. — Halbjahresbericht der Vertrauensperson der Genossinnen Alstaden (Rheinland). — Eine gründliche Abrechnung mit den bürgerlichen Damen in Hamburg. — Nachklänge vom Wahlkampf. — Die Behörden im Kampfe gegen die proletarischen Frauen. — Politische Rundschau. Von H. B. — Gewerkschaftliche Rundschau. — Genossenschaftliche Rundschau. Von H. Pl.  
 Notizen: Dienstoffrage. — Frauenstimmrecht. — Gewerkschaftliche Arbeiterinnenorganisation. — Quittung.  
 Feuilleton: Das Konfirmationskleid. Von Otto Erich Hartleben. (Gedicht.) — Ein Stelldichein. Von Iwan Turgenjew.

Abgeordnete Gué erinnerte im Reichstag am 9. März daran: Im Jahre 1877 ist das Ergebnis einer Enquete herausgekommen, worin seitens der Reichsregierung Erhebungen über die Lage der Arbeiterinnen angestellt worden sind. Dort wird mitgeteilt, es wäre eine zehn- bis elfstündige tatsächliche Arbeitszeit täglich wohl die Regel, außerdem scheine in der Textilindustrie eine Verlängerung bis zu 13 Stunden nicht selten zu sein. Das war der Zustand im Jahre 1877. Und nun 30 Jahre später! Wie sieht es heute damit? Heute berichten die Gewerbeinspektoren, daß eine zehn-, elf-, zwölfstündige Arbeitszeit existiere; ja der letzte Gewerbeinspektorenbericht erzählt zum Beispiel aus dem Oberelsaß, daß die Arbeiterinnen bis 13 Stunden arbeiten, und ein anderer Gewerbeinspektor aus Lippe erzählt, daß Arbeiterinnen sogar bis 17 Stunden täglich arbeiten. Und die „unfruchtbaren“ Sozialdemokraten haben bereits im Jahre 1877 einen Antrag im Reichstag eingebracht, der den Zehnstundentag für Männer, den Achstundentag für Frauen und jugendliche Arbeiter für die gesamte Industrie verlangte. Wie schlimm die Zustände inzwischen geworden seien, zeige die Tatsache, daß in der Bergwerk- und Hüttenindustrie, einer der schwersten und gefährlichsten Industrien in Deutschland, noch zirka 17000 Arbeiterinnen beschäftigt werden. Die chemische Industrie, auch eine sehr gesundheitschädliche, umfaßt noch 20000 Arbeiterinnen. Der Abgeordnete Korsantj (Pole) bestätigte in der nächsten Sitzung des Reichstags, daß in Oberschlesien viele Arbeiterinnen in Bergwerken und Hütten 11 Stunden — manchmal auch über 11 Stunden am Tage — in dem Staub und in dem fürchterlichen Lärm und Geräusch, das auf den Gruben herrscht, beschäftigt werden. Die Zahl der so ausgebeuteten Arbeiterinnen nehme von Jahr zu Jahr zu. Und mit bitterer Ironie fügte der Abgeordnete hinzu: Nur in einer Beziehung sei die preussische Regierung in der Frage der Frauenarbeit liberal, nämlich darin, daß sie sehr häufig Ausnahmen auf eine längere Beschäftigung der Frauen nach § 138a der Gewerbeordnung wegen außergewöhnlicher Häufung der Arbeit gestattet. So seien im Jahre 1905 in 12 Betrieben zirka 270 Übersichten für Arbeiterinnen gestattet worden. Diese unvernünftig ausgedehnte und schwere Frauenarbeit werde, erzählte der Abgeordnete weiter, in Oberschlesien auch noch höchst miserabel bezahlt. Der Fiskus bezahle die Arbeiterinnen nach seiner eigenen Statistik mit zirka 1 bis 1,10 Mk. pro Tag und die privaten Hütten und Gruben mit 98 bis 99 Pf. pro Tag.

ohne „eine gewisse Übergangszeit“ und ohne „gewisse Ausnahmen“ wird es auch bei dieser Gelegenheit nicht gehen. Hierauf bereitete der Minister die Arbeiterinnen schon jetzt vor.

Die Konservativen hatten denn auch für dieses Über das nötige Verständnis. Sie beeilten sich, dem Minister den Vorschlag zu machen, daß die Festsetzung der „Übergangszeit“ und der „Ausnahmen“ den — Berufsgenossenschaften, also den Arbeitgebern selbst überlassen bleiben soll. Dann würden die Verbesserungen, welche den Arbeiterinnen durch das Gesetz auf dem Papier versprochen werden, in der Praxis durch die Arbeitgeber wieder hübsch bis auf den letzten Rest aufgehoben werden.

Gegen diese Gefahr müssen die Arbeiterinnen beizeiten und mit allem Nachdruck Stellung nehmen. Deshalb lenken wir schon heute die Aufmerksamkeit unserer Leserinnen hierauf. Wir werden aber noch darauf ausführlich zurückkommen. Gustav Hoch.

## Die Sozialpolitik im Reichstag.

Im neuen Reichstag ist es während des ersten Abschnittes seiner Tagung zu einer ausgedehnten Debatte über die Sozialpolitik gekommen. Zunächst wendeten sich unsere Genossen gegen die alte Lüge, die auch in dem letzten Wahlkampf wieder von den Gegnern ins Feld geführt worden ist: die Sozialdemokratie leiste nichts „Positives“ für die Arbeiter. Die Debatte hierüber führte uns die unermüdete Tätigkeit der Sozialdemokraten im Interesse der Arbeiter, die unaufhörlichen Bemühungen der Sozialdemokraten für den Ausbau der Arbeiterschutzgesetzgebung und den Widerstand, den die bürgerlichen Parteien dagegen leisteten, vor Augen. Demgemäß klang die erste sozialpolitische Debatte des neuen Reichstags in das Zugeständnis der bürgerlichen Redner aus: Das Reich muß viel mehr als bisher seinen sozialpolitischen Aufgaben gerecht werden.

Hiernach hätten wir endlich einmal etwas Gutes für die Arbeiter von der Gesetzgebung des Reiches zu erwarten, wenn — die schönen Versprechungen der bürgerlichen Parteien erfüllt werden. Leider ist hierfür nach den bisherigen Erfahrungen nicht viel Aussicht vorhanden. Denn auch in den früheren Reichstagen haben es die bürgerlichen Parteien an schönen Versprechungen nicht fehlen lassen, und trotzdem ist es in den letzten Jahren mit unserer Sozialpolitik nicht vorwärts gegangen. Damit werden wir auch in Zukunft zu rechnen haben. Dies hat uns kein Geringerer als der Minister für die Sozialpolitik des Reiches, Graf v. Posadowsky bezeugt. Er wies in der Sitzung des Reichstags am 9. März darauf hin, daß die Ansichten darüber, ob Sozialpolitik zu treiben ist oder nicht, verschieden seien. „Es gibt“, fuhr der Minister dann fort, „einen Standpunkt, der auch in Deutschland, wenn auch in verschleierte Form, sich in der Öffentlichkeit bisweilen geltend macht; der, wenn er ganz sein Herz entdeckte und aufschlösse, vielleicht erklärte: „Die Sozialpolitik war ein verhängnisvoller Schritt.“ ... In dieser klaren und schroffen Form äußert man sich zwar nicht, man erklärt auch, man sei für Fortführung der Sozialpolitik, bekämpft aber jeden einzelnen Schritt, der auf diesem Wege vorwärts gemacht wird.“

Dieser Widerspruch kennzeichnet aber in Wahrheit die ganze bürgerliche Sozialpolitik. Sie will mit ihren sozialpolitischen Maßnahmen die Interessen sowohl der Arbeitgeber als auch der Arbeiter fördern. In diesem Sinne stellen die bürgerlichen Parteien den Ausbau unserer Arbeiterschutzgesetzgebung als eine der wichtigsten Aufgaben des Reiches hin. Sobald es sich aber um die Durchführung irgend einer sozialpolitischen Forderung handelt, sträuben sich dieselben Herren aufs äußerste dagegen, weil der Profit der Arbeitgeber geschmälert werden könnte. Wir erinnern nur an das Verhalten der beteiligten Arbeitgeber und der Gesetzgebung gegenüber der Forderung auf Verkürzung der gesetzlich zulässigen Arbeitszeit für die Arbeiterinnen. Der sozialdemokratische

Der Zentrumsabgeordnete Trimborn hatte die Reichsverwaltung befragt, wie es mit dem Gesetzentwurf zur Herabsetzung der gesetzlich festgelegten Maximalarbeitszeit auf 10 Stunden täglich für die Fabrikarbeiterinnen steht. Hierauf antwortete Graf v. Posadowsky, daß in einer Zeit, da die preussische Staatsregierung in einer großen Anzahl fiskalischer Betriebe zur neunstündigen Arbeitszeit der Männer übergegangen sei, die elfstündige Arbeitszeit der Frauen nicht länger aufrecht erhalten werden könne. Der Minister mußte also die Verkürzung der Arbeitszeit für die Frauen als die unvermeidliche Konsequenz der Fortschritte anerkennen, welche die männlichen Arbeiter durch den Druck ihrer Gewerkschaften erzwungen haben. Im weiteren bekannte sich der Minister zu der „Meinung“: Der gesunde Körper der Frau, der uns das künftige Geschlecht liefern soll, ist in unserem Volksleben ein so wichtiger Faktor, daß wir bei unserer fortschreitenden Industrie, die zum Teil auch mit erhöhten Gefahren für Gesundheit und Leben verbunden ist, dieser Frage (der Verkürzung der Arbeitszeit) ein ernstes Augenmerk zuwenden müssen. Diese „Meinung“ haben die Sozialdemokraten bereits vor dreißig Jahren vertreten — es hat demnach etwas lange gedauert, bis sich die Herren Minister zu der „Meinung“ der Sozialdemokraten bekehrt haben. Jetzt endlich aber ist die Belehrung glücklich gelungen. Deshalb hat sich Graf v. Posadowsky mit dem preussischen Handelsminister darüber verständigt, daß der zehnstündige Arbeitstag der Frauen eingeführt werden muß. In der nächsten Session werde eine entsprechende Vorlage dem Reichstag unterbreitet werden. Aber —

## Umsturz und Revolution.

II.\*

Bis jetzt haben wir uns lediglich mit Zahlen abgegeben. Es ist aber nicht jedermanns Sache, aus Zahlen ein anschauliches Bild herauszulesen. Um uns einen Einblick zu verschaffen, wie der deutsche Arbeiter mit seinem erbärmlichen Einkommen lebt, wollen wir deshalb noch ein anderes Mittel zu Hilfe nehmen. Es gibt wahrheitsgetreue Schilderungen des Arbeiterlebens; an diese wollen wir uns halten. Und zwar wollen wir dabei keinen „Geher“, keinen Sozialdemokraten als Zeugen anführen, sondern nur solche Leute, über deren „staatsverhaltende“ Gesinnung kein Zweifel ist.

Der Berliner Universitätsprofessor Paulsen hat ein philosophisches Werk herausgegeben, in dem er auf die Lebensverhältnisse der Wohlhabenden wie auch der Armen zu sprechen kommt. Natürlich können wir von dem, was er sagt, hier nur ganz wenig anführen. Man lese da zunächst über die Wohlhabenden:

... An der breiten, hellen, mit Säulern belegten Treppe (des modernen Wohnhauses der Reichen) erblickt man oft eine bemerkenswerte Inschrift: „Nur für Herrschaften“. Sie zeigt an, daß in dem Hause zwei Klassen von Menschen wohnen, Herren und Diensthare; zu letzteren führt der Zugang über den Hof und die Hintertreppen, eine Einrichtung, welche dem bürgerlichen Haus des 18. Jahrhunderts noch unbekannt war. Wie das Haus, so die Wohnungen: in den Zimmern, wenigstens den Vorderzimmern, den Ausstellungsräumen für den Nationalreichtum, findet man statt der älteren Papierbelleidung zierliches Holzgetöse und Ledertapeten, statt der frostigen weißen Kachelöfen Kamine und Majolikaföfen. Geschnitzte und gepolsterte Möbel, Gemälde und Musikinstrumente, Porzellan und Silbergerät gehören nicht minder zu der Ausstattung einer „bürgerlichen“ Wohnung. Wie einfach sieht ein Stück, mit dem vor 50 Jahren die Großmutter Staat machte, neben der neuesten Ausstattung der Enkelin aus, die im übrigen auf derselben gesellschaftlichen Stufe steht. Man vergesse auch nicht die Hochzeitsgeschenke zu befehen, welche von Freunden und Freundinnen dem jungen Paar gebracht werden: die gemalten, geschnitzten, gespritzten, gebrannten, gestickten, gewirkten Tischchen, Deckchen, Kästchen, Nähmchen, Bilder, Schirme, Teppiche und andere Niedlichkeiten, zu allem tauglich, nur nicht zu einem wirklichen Gebrauch, oder vielmehr nur zu einem tauglich, nämlich zur Ausstellung in den für die Schaustellung des Nationalreichtums bestimmten Räumen, welche sich zu beschaffen, nebst einem Stubenmädchen als Aufseherin dieses Museums, das junge Paar denn auf diese Weise zugleich angehalten wird. ...

... Der Einrichtung entspricht die Lebensweise. Man gibt Gesellschaften, Bälle, Dinners, man hat eine Dienerschaft, wenigstens leihweise, man macht alljährlich im Sommer seine Badereise, sie gehört zu den gesellschaftlichen Anstands-pflichten der „bürgerlichen“ Familie, über deren Erfüllung Bescheinigungen ausgestellt werden; ich wüßte wenigstens die Täschchen und Körbchen mit Inschriften: Heringsdorf, Friedrichsroda usw., die gegen Ende des Sommers von Frauen und Kindern auf den Straßen Berlins zur Schau getragen werden, nicht anders zu deuten. ...

\* Der erste Artikel dieser Serie ist in Nr. 1 des laufenden Jahrgangs erschienen.

\*\* Friedrich Paulsen, „System der Ethik“. Berlin 1903, Cotta. 6. Auflage. Band II, Seite 351 bis etwa 320.

Und nun dagegen die Lage der Armen? Darüber schreibt Paulsen unter anderem:

„Der moderne Arbeiter, mag er in guten Tagen ganz behäbig leben, gehört zu den Besitzlosen und Abhängigen. Mit seiner ganzen Existenz hängt er von dem Willen eines Herrn ab, ein Wort, ein Wink kann ihn jeden Tag arbeits- und brotlos machen. . . Freilich, Kapital hat er nicht zu verlieren, dafür ist er dem plötzlichen Umsturz seiner ganzen Existenz jeden Tag ausgesetzt. . .

„Dem industriellen Arbeiter liegt seine ganze wirtschaftliche Laufbahn von Anfang an klar vor Augen; er erreicht vielleicht schon mit 20 oder 25 Jahren seinen höchsten Lohn und wird nun, wenn es gut geht, bis zum beginnenden Alter immer dieselbe Arbeit tun und denselben Lohn haben; seine Gesamtlage zu verbessern, ist so gut wie keine Aussicht. . .

„Man hat wohl darauf hingewiesen, daß die Begründer der bestehenden großen Unternehmungen zum Teil mit ganz geringen Mitteln ihre Laufbahn begonnen und damit den Beweis geführt hätten, daß Tüchtigkeit und Betriebsamkeit die großen Vermögen begründeten. Man kann dem einzelnen nur wünschen, daß er sich dadurch ermutigen lasse, jene Eigenschaften sich zu erwerben; aber eine nennenswerte Wahrscheinlichkeit, daß der Erfolg derselbe sein werde, wird auch der größte Optimist (Hoffnungsfreudige) ihm kaum in Aussicht zu stellen wagen. Jene Fälle des Emporkommens sind ausgewählt unter unzähligen Tausenden; die Glücklichsten werden gesehen, die ungezählten Mitbewerber, die an persönlichen Eigenschaften hinter jenen nicht zurückstanden, die aber weniger günstige Umstände antrafen oder durch ein kleines Fehlschlagen am Anfang zurückgeworfen wurden, bleiben in ihrer Dunkelheit unbeachtet. Außerdem ist es wohl zweifellos, daß die Begründung neuer Unternehmungen das, was der Arbeiter eben nicht hat, nämlich Kapital, in dem Maße mehr voraussetzt, als die Großindustrie sich inzwischen ausgebildet und befestigt hat. . . In der jungen Schonung kann noch jedes Bäumchen hoffen, sich zum Baumriesen zu entwickeln, im Hochwald ist die Aussicht für den jungen Nachwuchs gleich Null. Man ruft das Wort Benjamin Franklins den Arbeitern zu: „Wer da sagt, daß ein Mensch anders zu Wohlstand gelangen könne, als durch Fleiß und Sparsamkeit, dem glaubt nicht, der ist ein Eitelmischer.“ Ganz recht und gut; obwohl es allerdings Ausnahmen gibt, und diese Ausnahmen zahlreich und sichtbar sind: Grundstückspekulation, Börsenjobberei, Lotteriespiel, Mitgift- und Erbschleicherei, von der legitimen (rechtmäßigen) Erbschaft nicht zu reden. Alles das sind ja auch Mittel, zu Reichtum zu gelangen. Aber hinzuzufügen wäre noch ein anderes: Wenn euch jemand sagt, daß Fleiß und Sparsamkeit unter allen Umständen zu Wohlstand führen, dem glaubt auch nicht, er ist ein Betrüger oder ein unverbesserlicher Optimist.“

Es ist uns, wie gesagt, leider nicht möglich, von den vielen treffenden Ausführungen des Berliner Universitätsprofessors, der im übrigen die Sozialdemokratie scharf bekämpft, mehr hier anzuführen. Wir wenden uns einem anderen Schriftsteller zu. Zur Bekämpfung der Sozialdemokratie, insbesondere um den konservativen Gutbesitzern, Lehrern, Pfarrern usw. zur Reichstagswahl den nötigen Stoff gegen uns in die Hand zu geben, hat Hermann Köhler im Jahre 1903 eine Schrift erscheinen lassen: „Die sozialdemokratische Landagitation und ihr sittlich anstößiger Charakter.“ Hier liest man:

(Seite 75.) „Auf Grund unanfechtbarer Berichte können sich Leute, die nicht von vornherein für die Interessen des Großgrundbesitzes eingenommen und ihnen zuliebe Bedürfnisse und Rechte des arbeitenden Standes zu unterschätzen geneigt sind, der Erkenntnis nicht verschließen, daß selbst in den geeigneten Provinzen Schleswig-Holstein, Hannover, Sachsen, wie in Braunschweig, Anhalt usw. die Landarbeiter zu nicht geringem Teil ein klägliches Dasein fristen. . .

Es wird nun mitgeteilt, wie viel nach Feststellung der Wissenschaft (nämlich der berühmten Ärzte Karl von Voit und Max von Pettenkofer) ein Mensch täglich essen muß, um sich nur ausreichend zu ernähren. Es sind das mindestens 750 Gramm Brot, 1000 Gramm geschälte Kartoffeln, 200 Gramm Salzhering, 200 Gramm Butter, 50 Gramm magerer Käse. Dieses „Mentl“ — so sagt das Buch weiter — dem das Kaiserliche Gesundheitsamt ausdrücklich zustimmt, ist unter 60 Pf. nicht zu beschaffen, während sogar auf den Gütern mit königlicher Verwaltung (nämlich die von der Ansiedelungskommission in Posen verwaltet werden) für die Tagesnahrung eines Mannes nur 40 Pf. angesetzt sind.

„Welche Tagelöhnerfamilie aber, die nur von der Hände Arbeit lebt, kann solche Summen für die Ernährung aufwenden! Die Höhe des ortsüblichen Tagelohns. . . der den ganzen Verdienst in Geld und Naturalbezügen umfaßt, steigt nur ganz ausnahmsweise, zum Beispiel im bremischen Landgebiet, über 3 M., während er in Ostpreußen, Polen, Schlesien an einzelnen Stellen für männliche Arbeiter auf 1 M., für weibliche auf 55 Pf. herabsinkt. Für Kinder beläuft sich der Durchschnitt etwa auf die Hälfte. Erwägt man, daß auf die Mitarbeit der Frauen und Kinder nicht immer zu rechnen ist, so wird bei einer Zahl von 250 bis 300 Arbeitstagen die Annahme, daß unter normalen Verhältnissen ein Tagelöhner mit Frau und 3 bis 4 Kindern über eine Gesamtjahreseinnahme von 500 bis 750 M. zu verfügen hat, durchschnittlich wohl zutreffen. Dann kann aber von vollwertiger Ernährung gar keine Rede sein. . . Was nach Abzug der Kosten für Kleidung, Schule usw. zum Aufwand für Essen und Trinken noch übrig bleibt, ist leicht nachzurechnen. Zeiten langer Krank-

heit und Arbeitslosigkeit dürfen nicht vorkommen, sonst nimmt das Elend überhand. . .

(Seite 77.) „Von allen Nöten auf dem Lande die schwerste ist die Wohnungsnot. . . In haarsträubenden Beispielen von Wohnungen oder vielmehr Höhlen und Ruinen, die auf dem Lande armen, besonders alten Leuten zur Benutzung überwiesen werden, ist kein Mangel, auch nicht an solchen zeitweiser vollständiger Obdachlosigkeit.“

Leider verbietet uns der Raum, von der Überfülle ähnlicher Schilderungen, die vorhanden sind, hier noch viel anzuführen. Bloß einen kurzen Blick wollen wir noch werfen auf das, was des Arbeiters ganzes Leben ausfüllt, nämlich auf die Arbeit selbst. Wie lebt der Arbeiter bei der Arbeit, der er täglich 10, 12, 14 Stunden widmen muß? Eine Vorstellung davon gibt schon der oben genannte Professor Paulsen, indem er schreibt (Seite 351 seines Wertes):

„Die Freude an der Arbeit als solcher beruht wesentlich darauf, daß durch eine Mannigfaltigkeit von Tätigkeiten ein Ganzes vollendet wird, das die Kunst des Verfertigers preist. Aus manchem alten Werkstück spricht uns die Liebe, womit es der Meister erdacht und zustande gebracht, vernehmlich an. Durch die moderne Organisation der Arbeit ist dem Arbeiter das Ganze aus der Hand genommen; er hat nur eine bestimmte einzelne Leistung, vielleicht ein paar kunstlose, in ewigem Einerlei wiederkehrende Handgriffe zu verrichten. Er ist zu einem lebenden Werkzeug, zu einem Glied der Maschine geworden; tagaus tagein, jahraus jahrein besteht seine Tätigkeit darin, Kohlen in ein Ofenloch zu schütten oder ein Stückchen Blech unter einen Prägestempel zu schieben. . .

Weit ergreifender jedoch weiß der große französische Dichter Jola in seinem Roman „Arbeit“ diese Dinge zu schildern. Nur einige der gewaltigsten Stellen seien hier angegeben:“

(Seite 63.) „. . . Diese Halle, eine der größten des Wertes, war tagsüber erfüllt von dem furchtbaren Getöse der Walzwerke. Aber jetzt, in der Nacht, standen diese still, und mehr als die Hälfte des gewaltigen Raumes lag in tiefer Finsternis. Von den zehn Ruedelöfen waren nur vier in Tätigkeit, die von zwei Quetschhämmer bedient wurden. Da und dort flackerte eine schwache Gaslampe im Luftzug, von den dicken Massen der Dunkelheit umlagert, welche die Halle erfüllte, und in welcher man kaum die schweren, rauchgeschwärzten Träger unterscheiden konnte, die das Dachgebälk bildeten. Wasserrauschen drang aus der Finsternis hervor, der gestampfte Boden, bucklig und durchfurcht, bildete hier eine überreichende Lache, dort einen Haufen von Kohlenasche und Abfällen. Überall der Schmutz der vernachlässigten, aller Fröhlichkeit beraubten, der verwünschten, zum Fluch gewordenen Arbeit in dieser schwarzen, raucherfüllten, widerwärtigen Höhle. . .

(Seite 66.) „Lucas kam eben dazu, wie ein Ziegelgußofen gefüllt wurde. Die Arbeiter ließen die Ziegel aus feuerfestem Ton, die vorher glühend gemacht worden waren, hinab und schütteten dann mit Hilfe eines Trichters die mit Stahlstücken gefüllten Blechlasten hinein: 30 Kilogramm für jeden Ziegel. In drei oder vier Stunden war der Schmelzprozeß vollendet; dann kam die mörderische Arbeit: das Herausheben und Ausleeren der Ziegel, das Ausziehen und Sieben. Und als Lucas sich einem anderen Ofen näherte, wo die Gehilfen mit Hilfe langer Stangen sich eben überzeugten, daß der Guß gar sei, erkannte er in dem Auszieher, der die Ziegel herausziehen sollte, Fauchard. Bleich, ausgeblutet, mit vertrocknetem Gesicht, hatte Fauchard Riesenkraft in den Armen und Beinen behalten. Die furchtbare, stets gleichbleibende Arbeit, die er seit vierzehn Jahren verrichtete, hatte nicht nur seinen Körper verzerrt und verbogen, sondern noch mehr seinen Geist beeinträchtigt; jede Individualität (eigenes geistiges Leben) in ihm war vernichtet, er war zur Maschine herabgesunken, die gedankenlos, mit stets wiederholten Bewegungen, ihre Arbeit verrichtete, zum feinsten Element, das mit dem anderen Element, dem Feuer, in unablässigem Kampfe lag. Zu allen körperlichen Schäden, den hinausgezogenen Schultern, den hypertrophischen Gliedmaßen, den von der Blut verbrannten und geschwächten Augen, war er sich auch seiner geistigen Verklammerung bewußt; denn mit 16 Jahren in den Rachen des Ungeheuers gefallen, nach einer höchst unvollkommenen und plötzlich unterbrochenen Erziehung, erinnerte er sich immer noch, daß er einmal Intelligenz besaßen, eine Intelligenz, die heute dem Erlöschen nahe war, vernichtet von der mörderischen, zerkleinernden Arbeit, ertötet von der unbarmherzigen Treitmühle, in der er gleich einem blinden Tier arbeitete. Er hatte nur noch ein Bedürfnis, nur noch eine Freude: trinken, seine vier Liter Wein trinken an jedem Tag oder in jeder Nacht, die er arbeitete; trinken, damit der Ofen ihm nicht seine ausgedorrte Haut wie Zunder verbrenne, trinken, um nicht zu Staub zu zerfallen, trinken, um sich ein letztes Glücksgefühl zu verschaffen und sein Dasein in dem stumpfen Behagen eines unaufhörlichen Rausches zu verlieren. . .

(Seite 74.) „. . . Dort saß wieder ein Schmiedearbeiter das glühende Stück und hob es auf den Amboss des Hammers, der im selben Augenblick mit einem heftigen Ruck auf und ab zu tanzen anfing. Es war ohrenbetäubend und augenblendend. Der Boden erzitterte, wie Gloden dröhnte es durch die Luft, während der Schmied, mit Lederschürze und Lederhandschuhen bekleidet, in einem dichten Funkenregen verschwand. Das Sprühen war in manchen Augenblicken so heftig, daß es nach allen Seiten hin knatterte wie Mitrailleusenfeuer. Unbeweglich inmitten dieses wütenden

Aufruhrs wendete der Arbeiter die Luppe hin und her, brachte alle ihre Seiten unter den Hammer, um daraus das Ingot zu formen, den Stahlbaren, der dann dem Walzwerk überantwortet werden sollte. Und der Hammer gehorchte ihm, schlug dahin und dorthin, verlangsamte oder beschleunigte seinen Schlag, ohne daß man etwas von den Zeichen hätte bemerken können, die er dem Hammerführer gab, der hoch oben auf seinem Stuhl den Steuerhebel handhabte.

„Lucas, der sich genähert hatte, erkannte den jungen Schwager Fauchards in dem Hammerführer, der da hoch in der Luft unbeweglich saß, nur durch eine kleine mechanische Handbewegung lebend, inmitten des Getöses, das er entfesselte. Den Hebel nach rechts, damit der Hammer falle, den Hebel nach links, damit er sich hebe, und das war alles, das Geistesleben des Knaben drehte sich in diesem engen Bezirk. Einen Augenblick konnte man ihn beim Aufsprühen der Funken sehen, so klein und schwächlich, mit seinem blassen Gesicht, seinen farblosen Haaren, seinen stumpfen Augen, ein armes Geschöpf, dessen körperliches und geistiges Wachstum von der tierischen Arbeit ohne Freude, ohne freie Wahl unterbunden worden war.“

So weit Jola. Freilich, das ist Dichtung. Aber wer, der das Arbeiterleben kennt, wollte bestritten, daß diese Dichtung von grauenhafter Naturwahrheit ist? Welcher Arbeiter erkennt nicht, daß hier sein Leben gerade so geschildert ist, wie es sich wirklich abspielt? — Indessen, für diejenigen, die sich durchaus an der Dichtung stoßen, sei hier zum Schluß noch eine kleine Schilderung aus dem Leben beigefügt. In der (nicht sozialdemokratischen) Berliner „Volkszeitung“ las man am Weihnachtabend des Jahres 1903:

„Arme Kinder. In allen Straßen Berlins handeln bis zum heutigen Abend Kinder des verschiedensten Alters mit Ansichtskarten, Knarren, Baldteufeln, Hampelmännern, Weihnachtsbaumschmuck, Bilderbüchern usw. Mitleidig ruhen die Augen manches Vorübergehenden auf den kleinen, blassen Gesichtern. . . Wer tiefer forscht, wer jeden der kleinen Händler fragt, der kann einen Blick in das Elend der Großstadt tun, der tief erschüttert. Da steht an der Potsdamer Brücke ein kleiner Junge, kaum acht Jahre alt. Mit leiser Stimme nur, man hört es kaum, nur die stehenden Augen sprechen deutlicher, bietet er seine Ware an. Es sind Hampelmänner, die er selbst an den langen Abenden im Oktober und November gefertigt hat, um für seine bettlägerige Mutter und die vierjährige Schwester wenigstens im Weihnachtsmonat etwas zu verdienen. Er hat Hunger, großen Hunger, so gesteht er, und hastig ist er einige Bissen des ihm gereichten Butterbrots; den Rest birgt er im Rock, Mutter soll auch etwas haben. . . Ein anderes Bild bietet ein kleiner Ansichtskartenhändler von sieben Jahren. Er muß eine kranke Mutter und drei Geschwister von seinem Erlös erhalten, der den Tag etwa zwei Mark beträgt, wovon er eine Mark verdient hat. Tiefe dunkle Ränder liegen unter seinen Augen. . . Ein Geschwisterpaar, das Mädchen zehn, der Knabe acht Jahre alt, handelt mit Wachstreichholzern. Noch sechs jüngere Geschwister sind daheim, der Vater liegt krank, die Mutter muß ihn pflegen. Die beiden älteren ernähren die Familie. Ein Knabe von zwölf Jahren hat Knarren und Uhren zu verkaufen, neben ihm lauert sein sechsjähriges Schwesterchen, das Bilderbücher im Rucksack hat. Die Mutter leidet an Schwindsucht, der Vater an Gelenkrheumatismus.“

J. B.

### Das Leben einer Idealistin.

Von Anna Bloß. (Fortsetzung.)

Diesem schweren Schicksalsschlag folgte bald ein zweiter. Die Frauenhochschule mußte geschlossen werden infolge geheimer Umtriebe und Verdächtigungen. Malviba verließ sie mit dem Bewußtsein, daß der Gedanke, der sie geleitet, der Frau geistige Entwicklung, mehr ökonomische Unabhängigkeit und Erlangung bürgerlicher Rechte zu sichern, nicht wieder sterben konnte. Aber sie mußte eine lieb gewordene Tätigkeit aufgeben und den Kampf ums Dasein aufnehmen. Gebieterisch verlangte ihre Familie ihre Rückkehr aus Berlin, wohin sie sich gewendet, doch sie konnte und wollte ihre Überzeugungen nicht aufgeben. An den Gräbern der Märzgefallenen suchte sie sich Kraft und Trost, schlug ihr Herz doch so warm für die Tapferen, die für die Freiheit gestorben. Ihr Aufenthalt in Berlin sollte nur von kurzer Dauer sein; sie hatte sich demokratischer Bestrebungen verdächtig gemacht, und um der Freiheitsberaubung zu entgehen, entschloß sie sich zur Flucht. Die Zeit des freiwilligen unvermeidlichen Märtyrertums war vorüber; es galt, sich gehässigen Verfolgungen zu entziehen und seine Kräfte für eine bessere Zukunft zu retten. So ging sie, die schwache Frau, ins Exil, fast ohne Existenzmittel, aber aufrecht erhalten von der Kraft, welche reine Überzeugungen und das Bewußtsein, ihnen treu geblieben zu sein, geben.

Das freie stolze Land der Briten, das schon so manchem Verbannten Aufnahme gewährt, nahm auch Malviba v. Meyenbug auf. Kein wer, woher, wohin tönte ihr entgegen, als sie den gastlichen Boden betrat. Ihr Herz, das noch schwer war vom Abschied von der Heimat und allem Durchlebten, fand Trost in dem Gedanken, daß sie nicht ganz verlassen war. Die „Gemeinde derer, die sich nie gefannt, nie gesehen, und die doch fest verbunden sind durch das gleiche Streben“, sollte ihr ja hier eine Heimat geben. Vor allem war es Johanna Kinkel, die sie vertrauensvoll aufsuchte, und in deren Haus sie sich von großen und kleinen Armen umfängen und mit Jubel begrüßt sah, trotzdem sie nie in persönlichem Verkehr mit ihr gestanden hatte. Einst, bei Kinkels Gefangennahme im Juni 1849, hatte sich Malvibas Herz mit heißem Mitleid und tiefster Empörung er-

\* Zitiert nach der Uebersetzung von Leop. Rosenzweig, erschienen 1901 bei der Deutschen Verlagsanstalt, Stuttgart und Leipzig; alle Zitate sind aus dem ersten Band.

\* Leipzig, J. C. Hinrichs'sche Buchhandlung.

fällt, und sie hatte in einem Brief an Johanna ihren Gefühlen Ausdruck gegeben. Aus diesem Brief hatte sich eine lebhaftere Korrespondenz entwickelt, und nun empfand sie mit Rührung, was die Vergütung sei für den bitteren Kelch des Erlebens, nämlich, daß Menschen, die sich vordem nie gesehen, sich augenblicklich als Kinder derselben geträumten Heimat und als zueinandergehörig fühlten. Johanna Kinkel, die selbst mit ihrem Manne in sehr beschränkten Verhältnissen lebte und hart ums Dasein kämpfen mußte, half der Freundin mit Rat und Tat bei der Gründung einer neuen Existenz. Schwer litt Malvida, als sie den Eindruck erfuhr, den ihre Flucht auf ihre Angehörigen gemacht hatte, und sie gelobte sich, daß denen die dunkle Seite ihres Daseins stets möglichst verborgen bleiben sollte. Und die ersten Jahre in England wiesen fast nur dunkle Seiten auf. Unterstützung wollte sie von den Ihrigen nicht annehmen, denn es schien ihr, daß man materielle Opfer nur von denen nehmen dürfe, mit denen man sich in vollständiger Abereinstimmung des Denkens und Handelns befände. Erzieherin in einem englischen Hause wollte sie nicht werden, denn sie fürchtete das Leben voll Heuchelei, zu dem sie sich hätte zwingen müssen. Daher entschloß sie sich zu dem so unendlich anstrengenden Beruf einer Privatlehrerin, der in London durch die weiten Entfernungen doppelt ermüdend ist. Aber sie blieb ihr eigener Herr, konnte ihre freien Stunden nach Belieben verwenden und ihrer Überzeugung treu bleiben. Durch Kinkels und ihre eigenen früheren Beziehungen wurde sie bald in den Kreis der Emigranten aufgenommen, der sich in London aus Menschen fast aller Nationen zusammensetzte, und ohne eine führende Rolle zu spielen, erwarb sich Malvida durch die Art und Weise, wie sie ihr Schicksal trug, durch ihren weiblichen Takt, ihre umfassende Bildung und ihre Herzengüte unendlich viel Freunde. Sie lernte Mazzini, Kossuth, Garibaldi, Karl Schurz, Löwe-Calbe und noch viele Flüchtlinge mit bekannten Namen kennen, und diejenigen unter ihnen, die später die Fahne der Demokratie verleugneten, ließen dies damals nicht ahnen.

Tief eingreifend in Malvidas Leben war die Bekanntschaft mit dem Russen Alexander Herzen. Sein Buch „Von einem Ufer“ hatte schon in Deutschland einen tiefen Eindruck auf sie gemacht. „Ein Feuerstrom lebendiger Empfindungen, leidenschaftlicher Schmerzen, brennender Liebe, unerbittlicher Logik, heißender Satire“, das alles brauste ihr aus diesem Buche entgegen und beleuchtete ihr in erbarungslosen Licht der Wahrheit die Frühlingshoffnungen vom Jahre 1848 und ihre traurige Zerstörung. In Kinkels Haus traf sie zuerst mit ihm zusammen, und eine seltene Übereinstimmung ihrer Anschauungen stellte sich von der ersten Unterhaltung an heraus. Dieses Finden verwandter Seelen brauchte sie, um ihr Leben erträglich zu finden, denn sie mußte hart arbeiten, um sich ein bescheidenes Dasein zu ermöglichen, um sich in den Sommerferien auszuruhen, und um einen Notpfennig übrig zu haben. Ihre Gesundheit litt unter der aufreibenden Tätigkeit des Stundengebens, aber sie fühlte sich inmitten der Strömung eines großen, politisch freien Lebens, und sie bewahrte sich die so schwer errungene innere Freiheit.

Zu ihren Erholungen gehörte der Besuch von Kinkels Vorlesungen über Kunstgeschichte. Neben Johanna Kinkel trat ihr Therese Pulsky sehr nahe, die mit ihrem Gatten den Mittelpunkt der ungarischen Emigration bildete. Gleich Johanna Kinkel trug sie das Los der Verbannung mit bewundernswürdiger Energie und beteiligte sich mit Eifer an der ungarischen Agitation. Bei ihr sah Malvida Kossuth, der aber durch den Nimbus, mit dem er sich selbst zu umgeben liebte, keinen günstigen Eindruck auf sie machte.

Eine tiefgreifende Änderung in ihrem Leben trat ein, als sie von Herzen die Aufforderung erhielt, die Erziehung seiner mutterlosen Kinder zu leiten. Die tätige Freundschaft, die sie allen ihr Nahestehenden erwies, bestimmte sie, sich der Waisen anzunehmen und ihren Unterricht zu leiten. In Herzens Haus fand sie Gelegenheit, die Bekanntschaft Joseph Mazzinis zu machen, dessen Bescheidenheit in Haltung und Auftreten sie im Gegensatz zu Kossuth angenehm überraschte. Er trug den von den italienischen Fürsten so gefürchteten Verschwörer nicht zur Schau.

Während der Sommerferien, die sie am Meere verbrachte, vertiefte Malvida sich immer mehr in das Studium der weiblichen Erziehung. Heiß wünschte sie sich Gelegenheit, Heldenfrauen bilden zu können, „ein Geschlecht, in dem alle sittliche Freiheit verschwände, das sich nur der sittlichen Freiheit unterwirft, indem es die Notwendigkeit einer sittlichen Weltordnung anerkennt“. In einer eifrigen Korrespondenz mit Herzen entwickelte sie ihre Gedanken und erhielt von ihm mancherlei Anregung. Diese Korrespondenz hatte die Folge, daß Malvida nach ihrer Rückkehr nach London ganz in das Herzens Haus übersiedelte, um die Erziehung seiner Kinder und seinen Haushalt vollständig zu leiten. Beide gingen diesen Vertrag als freie gleichberechtigte Menschen ein, „mit voller gegenseitiger Freiheit“. Es war nach Malvidas Schilderung „ein ideales Zusammenleben“. Die Kinder Herzens fanden in Malvida eine Mutter, die in Liebe und Pflichttreue von der eigenen nicht übertrifft werden konnte. Herzen fand eine feinsinnige Gefährtin, die seinen verwaiseten Haushalt ausgezeichnet leitete, die tiefes Verständnis besaß für seine geistigen Interessen, die es mit seinem Takte verstand, die verschiedenen Elemente, die bei ihm verkehrten, zu verbinden und anzuziehen. Eifrig beteiligte sie sich an Herzens Plan, in London eine russische Zeitung zu gründen. Vor allem aber waren es ihre pädagogischen Studien, die sie nun in das praktische Leben übertragen konnte. Ihre Zöglinge zu Persönlichkeiten zu erziehen, ihnen eine freie und schöne Bildung zu geben, dieses Ideal suchte sie zu erreichen. Die jungen Menschen um-

geben mit schönen Eindrücken, ihnen vorleuchten mit edlen, erhabenen Beispielen und im übrigen die Natur ihren Gang mit innerer Notwendigkeit gehen lassen, ohne sie zu stören, darin sah sie „die Weisheit der Erziehung, die aus den Athenern einst Lieblinge der Götter gemacht hatte“. Die heiße Sorge um den Charakter, die volle Entwicklung aller Fähigkeiten, die Sehnsucht, in den jungen Leben die eigene Unsterblichkeit zu erleben, das, was in uns als Ideal gelebt, in ihnen hervorzurufen, das Hüten der jungen Seelen, sie zur Erkenntnis eigenen Bewußtseins zu wecken, dies höchste Ideal der Mutterliebe schenkte sie den ihr anvertrauten Kindern. (Schluß folgt.)

## Eine Massenausperrung in der Holzindustrie.

Die seit einigen Jahren von den organisierten Unternehmern befolgte Taktik, Einzelkämpfe der Arbeiter mit der Aussperrung der Gesamtarbeiterschaft eines Berufes oder eines Ortes zu beantworten, um die im Kampf stehende Gewerkschaft dadurch aktionsunfähig zu machen, hat in der letzten Zeit anscheinend verschärften Maßnahmen weichen müssen. Die Unternehmer lassen es zu Einzelkämpfen schon gar nicht mehr kommen, sie gehen selbst zum Angriff über, um die Arbeiter in einer für sie ungünstigen Zeit empfindlich zu treffen und sie zum Abschluß für sie ungünstiger Verträge zu drängen. Das kann man bei allen gegenwärtig geführten Aussperrungen beobachten, unter anderem auch bei dem großen Kampf in der Holzindustrie, der, weil er von den Scharfmachern als ein Vorkampf gegen die gesamte deutsche Gewerkschaftsbewegung angesehen wird, auch an dieser Stelle eine nähere Würdigung verdient.

Im Grunde genommen handelt es sich bei dieser Massenausperrung um eine Tarifbewegung großen Stils. Nur sind es diesmal nicht die Arbeiter und ihre Gewerkschaften, die die Unternehmer zu einem Tarifabschluß drängen wollen, sondern die organisierten Unternehmer wollen den Deutschen Holzarbeiterverband zu einem für die Arbeiterschaft ungünstigen Tarifvertrag zwingen. Das können sie natürlich auf friedlichem Wege nicht erreichen, deshalb diese Aussperrung.

Die Unternehmerorganisation, der Arbeitgeberverband für die Holzindustrie, hat nicht immer diese Vorliebe für Tarifverträge gehabt. Im Gegenteil lehnte die vor Jahren gegründete Organisation nach ihrem damals beschlossenen ersten Statut jede Unterhandlungen mit Arbeiterorganisationen und damit also jeden Abschluß von Verträgen mit den Arbeitern ab. Erst einige Jahre später, als der Schutzverband seine jetzige Leitung erhielt, die in Berlin die Bedeutung der Arbeiterorganisation des Deutschen Holzarbeiterverbandes recht gut kennen gelernt hatte, kam die Erleuchtung über die Unternehmer; sie erkannten, daß ein Ausschalten der mächtigen Gewerkschaft unmöglich und daß es deshalb besser sei, mit ihr regelmäßig bei Arbeitskonflikten zu verhandeln und mit ihr Tarifverträge abzuschließen. Nunmehr war das ganze Streben des Schutzverbandes darauf gerichtet, die Arbeiter immer wieder zu beunruhigen, ihre Organisation immer wieder zu schwächen, um dann für die Unternehmer möglichst günstige Tarifverträge zu erzielen.

Diesem Zwecke dienten zunächst die Aussperrungen, die von den organisierten Unternehmern von Jahr zu Jahr in Berlin inszeniert wurden, in der Reichshauptstadt, wo die Unternehmer über die stärkste und straffste Organisation verfügten, und wo der Schwerpunkt des Holzarbeiterverbandes liegt, den man durch diese ewige Beunruhigung erheblich zu schwächen und kampfunfähig zu machen hoffen konnte. Die Unternehmer haben mit ihren zahlreichen Kämpfen, die sie seit dem Jahre 1900 gegen den Deutschen Holzarbeiterverband geführt haben, wenig oder gar keinen Erfolg gehabt. Deshalb rüsteten sie seit Jahren schon zu einem Kampf auf breiterer Grundlage, und dazu wählten sie als Zeitpunkt den Ablauf des vor zwei Jahren in Berlin abgeschlossenen Tarifvertrages.

Es war den Unternehmern ohnedies klar, daß die organisierten Arbeiter in eine Erneuerung des Vertragsverhältnisses nur willigen würden nach Zubilligung von Lohn-erhöhungen und einer Verkürzung der Arbeitszeit, da die Löhne seit 1900, die Arbeitszeit seit 1896 eine Neuregelung nicht mehr erfahren hatten. Darauf bauten die Unternehmerführer ihren Plan. In der Vorausicht, daß sich gegen die Forderung materieller Zugeständnisse an die Arbeiter im Unternehmerlager leicht ein Widerstand gegen den Holzarbeiterverband organisieren lasse, bereitete der Schutzverband seit Jahren schon einen größeren Kampf vor. Er rüstete in Berlin selbst zur Aussperrung, er machte aber auch in der Provinz seinen ganzen Einfluß geltend, um den Holzarbeiterverband an möglichst vielen Orten in Kämpfe zu verwickeln.

Der Berliner Vertrag wurde zum 15. Januar 1907 gelündigt. In den Verhandlungen wegen Abschluß eines neuen Vertrages verhielten sich die Unternehmer gegenüber den Forderungen der Arbeiter — Verkürzung der Arbeitszeit um zwei Stunden pro Woche und Erhöhung des wöchentlichen Abschlagslohnes von 24 Mk. auf 27 Mk. — brüsk ablehnd. Als die Arbeiter dann ihre Forderungen zurückzogen und erklärten, ohne Vertrag zu den alten Arbeitsbedingungen weiter arbeiten zu wollen, gaben die Unternehmer die Parole aus: „Ohne Vertrag keine Arbeit“ und sperrten in Berlin am 12. Januar, drei Tage vor Ablauf des Vertrages, die Arbeiter aus.

Die Aussperrung nahm in Berlin lange nicht den von den Unternehmern gewünschten Umfang an, dafür verstand es der Schutzverband aber, den Kampf schon frühzeitig auf die Provinz auszudehnen. Bereits Ende des Jahres 1906 wurden auf Veranlassung der Leitung der Unternehmern-

organisation die mit dem Holzarbeiterverband abgeschlossenen Verträge in Leipzig, Dresden, Halle, Bötting, Guben und Oldenburg gelündigt. Nicht nur wurden in allen diesen Städten den Arbeitern billige Zugeständnisse verweigert, es wurde vielmehr von ihnen der Abschluß eines teilweise verschlechterten, im übrigen aber in nichts verbesserten Vertrages auf die Dauer von drei Jahren verlangt, um eine friedliche Regelung der Lohndifferenzen zu vereiteln, und somit am 1. April dem Kampf eine größere Ausdehnung geben zu können. Dasselbe geschah in Barmen, wo die Arbeiter zur Erringung des Neunstundentages in eine Lohnbewegung eingetreten waren. Damit nicht genug, begingen die Unternehmer in Kiel und Burg Vertragsbruch, indem sie trotz eines bis 1. April 1908 gültigen Vertrages die Arbeiter aussperrten, und zwar bereits wenige Wochen nach Beginn der Berliner Aussperrung.

Auch in Berlin selbst scheiterten die von den Unternehmern wiederholt eingeleiteten Verhandlungen, weil der Schutzverband annehmbare Zugeständnisse an die Arbeiter nicht machen will. Er will nur eins: einen Tarifvertrag auf eine möglichst lange Zeit und für möglichst viele Städte gültig, der den Arbeitern aber keinerlei Verbesserungen ihrer Lohn- und Arbeitsbedingungen bringt, der die Position der Arbeiter überhaupt möglichst ungünstig gestaltet. Von diesem Plane will der Arbeitgeberverband unter keinen Umständen abgehen, mag kommen was da will. Und da er am 1. April in der Lage ist, dem Kampfe eine erhebliche Ausdehnung zu geben, so ist so bald nicht an eine Beendigung desselben zu denken.

Wie der Arbeitgeberverband mitteilt, hat er noch weitere Maßnahmen gegen den Holzarbeiterverband in petto. Damit kam nur eine weitere Ausdehnung der Aussperrung mittels Vertragsbruchs gemeint sein. Eine auf den 2. April einberufene außerordentliche Generalversammlung des Schutzverbandes soll darüber beschließen.

Einstweilen haben sich die Unternehmer der Unterstützung der gesamten Scharfmacherorganisationen und der Scharfmacherpresse versichert. Diesem Kampf wird von den Scharfmachern aller Grade eine ganz besondere Bedeutung beigemessen. Die Stummische „Post“ jubelt schon über die Niederlage des Holzarbeiterverbandes. Ein anderes Scharfmacherorgan, die alldoische „Deutsche Zeitung“, frohlockt ebenfalls über diese „Entscheidungsschlacht“, diesen „Kampf bis aufs Messer“ gegen den Deutschen Holzarbeiterverband, und sie enthüllt uns auch bei dieser Gelegenheit, auf was es den Scharfmachern bei diesem Kampfe im Grunde genommen ankommt. Sie schreibt:

„Die Arbeitgeber haben den Terrorismus der Sozialdemokratie satt und sind entschlossen zu sechten. Es wird ein Kampf bis aufs Messer werden, von dessen Ausgang außerordentlich viel abhängen wird, nicht nur für die weitere Entwicklung der wirtschaftlichen Machtfaktoren der eigenen Industrie, sondern für den gesamten Kampf gegen den wirtschaftlichen und letzten Endes — politischen Terrorismus der Sozialdemokratie. Man ist auf Seiten der Arbeitgeber gut gerüstet, hat sich nicht nur mit den Arbeitgebervereinigungen der Holzindustrie verständigt, sondern auch mit den Verbänden des Baugewerbes und vor allem der Metallindustrie. Das Ziel ist die Niederwerfung des sozialdemokratischen Holzarbeiterverbandes. Die Anwendung auf weitere sozialdemokratische „freie Gewerkschaften“ im Falle des Erfolges, liegt nahe genug.“ Habe man der Sozialdemokratie bei den letzten Wahlen ein „starkes Janko“ bereitet, so gelte es jetzt, die Gewerkschaften an die Wand zu drücken.

Danach kann man sich noch auf eine lange Dauer dieses Kampfes gefaßt machen. Die Holzarbeiter sind auf alles gerüstet. In allen Zahlstellen landauf landab nehmen sie zur Aussperrung Stellung, und allenthalben werden freiwillige Kampfbeiträge in erheblicher Höhe beschossen. Unter den Mitgliedern des Verbandes macht sich eine Kampffreudigkeit und Opferwilligkeit bemerkbar, die in der deutschen Gewerkschaftsbewegung geradezu beispiellos ist. Allerdings hat der Schutzverband sein Möglichstes getan, um die Arbeiter über seine Absichten aufzuklären und sie auf die Schanzen zur Verteidigung ihrer Organisation zu rufen. Mit Verleumdungen, Lügen aller Art, mit Vertragsbruch und Terrorismus hat er diesen Kampf eingeleitet und geführt; er hat darüber keinen Zweifel gelassen, daß er diesen Kampf nur inszeniert hat, um letzten Endes die gesamte Holzarbeiterchaft unter das Joch eines ihnen ungünstigen Vertrages zu beugen.

Und wenn die deutschen Holzarbeiter die Bedeutung der Tarifverträge auch gut genug begriffen haben, so sind sie doch nicht gewillt, sich leichtem Kampfe von diesem Unternehmertum einen ungünstigen Tarif aufdrängen zu lassen, der sie auf Jahre hinaus organisatorisch und wirtschaftlich schwer schädigen würde. Die organisierten Holzarbeiter werden deshalb kämpfen bis aufs Äußerste, um diesen Kampf, der von den Unternehmern als Vorkampf gegen die gesamte Gewerkschaftsbewegung und gegen die Sozialdemokratie geführt wird, erfolgreich durchzuführen. Ernst Deinhardt.

## Aus dem österreichischen Wahlkampf.

Raum ist der Jubel über den Sieg des allgemeinen Wahlrechts verhallt, und schon erwartet die österreichische Arbeiterschaft neue Kämpfe. Das neue Recht soll zur Waffe des Proletariats werden, das neue Haus soll sein Geiß erfüllen. Es sind nicht Wahlen von alltäglicher Bedeutung, und mehr wie gewöhnlich steht für die Völker Österreichs auf dem Spiele. Das Gebäude des österreichischen Staates ist morsch, und wenn ihm auch verschiedene Verfassungen

reformen neue Festigkeit und neuen Glanz zu geben trachteten, die Grundbedingung eines frischen Geistes ist erst jetzt vorhanden, nachdem die Vorrechte des Adels und der Stände gefallen sind. Ein neuer Staat soll auf dem allgemeinen Wahlrecht aufgebaut werden. Außerdem muß das Verhältnis zu unserer Nachbarstaat Ungarn anders geregelt werden. 1200 Millionen hat die Völker Österreichs in den letzten 30 Jahren die Gemeinsamkeit mit ihm gekostet. In Ungarn lebt und herrscht der feudale Geist, und Ungarn hat Österreich in seiner politischen und wirtschaftlichen Entwicklung immer nur gehindert. Die Nationalitätenfrage muß endlich einer Lösung zugeführt werden, damit die anderen Sorgen der Völker nicht fernerhin durch dieselbe verdrängt werden.

Wie das neue Haus, so wird der neue Staat sein. Ist es von fortschrittlichem sozialem Geiste erfüllt, so wird auch sein Werk, der Staat, diesen Geist in sich tragen. Die Arbeiterchaft ganz Österreichs ist sich der Wichtigkeit dieser Wahlen bewußt. Sie weiß auch, daß sie nur ihrer eigenen Kraft vertrauen kann. Alle bürgerlichen Parteien aller Nationen rufen einander zur Einigkeit auf, um mit vereinten Kräften die Sozialdemokratie niederringen zu können. Ein Jahr hindurch mußten sie sich dem Willen des Proletariats beugen und trotz allen Sträubens das Wahlrecht ändern. Nun soll sich der Unmut, der sich ihrer darüber bemächtigt, Bahn brechen im Kampfe gegen die Arbeiterchaft.

Wie immer, so rüsten auch diesmal die Arbeiterinnen zum Kampfe. Besitzen die Frauen auch in Österreich nicht das Recht, politischen Vereinen anzugehören, so ist ihnen die Teilnahme an Wählerversammlungen nicht untersagt; sie können ruhig daran teilnehmen, ja sogar referieren. Das erleichtert ihnen das Mitdämpfen in vieler Beziehung. Um aber auch indifferente Frauen und Mädchen heranzuziehen, werden die Genossinnen, wo immer es möglich ist, Frauenversammlungen abhalten. Die nächste Nummer der „Arbeiterinnenzeitung“ wird zu dem gleichen Zweck als Agitationsnummer erscheinen. Doch nicht nur an die Frauen der Arbeiter wollen wir uns diesmal wenden. Unsere Agitation soll auch die Frauen jener Schichten des Mittelstandes berühren, die dem Proletariat eigentlich noch eingerechnet werden müßten, wie Kleinhandwerker, Kleinbauern und Häusler. Namentlich in den zahlreichen Industriedörfern wohnen die Arbeiter nicht nur mit diesen Leuten zusammen, es sind sogar oft in einer Familie alle drei Kategorien vertreten.

Um die Rückständigen für uns zu gewinnen, war es notwendig, aus dem Gesamtprogramm der Partei jene Punkte herauszuheben, die auch der indifferentesten Frau am Herzen liegen. Hierzu zählt vor allem die Lebensmittelverteuerung. Die Ungerechtigkeit des kapitalistischen Steuerwesens leuchtet jeder Frau ein, und die Zahlen in ihrem provozierenden Gegenfah vermag auch der politisch vollständig Naive zu fassen. Eine der wichtigsten Aufgaben des neuen Parlamentes wird die Beratung der Invaliden-, Witwen-, Waisen- und Altersversicherung sein. In einem Gesetzesentwurf, der schon dem alten Hause vorgelegen hat, ist eine Neuregelung des gesamten Versicherungswesens — Kranken- und Unfallversicherung eingerechnet — vorgesehen. Dieser Umstand soll benützt werden, um den Arbeiterinnen einen erhöhten Wöchnerinnenschutz zu sichern. Es muß der Arbeiterin wenigstens eine Unterstützung in der Dauer von vier Wochen vor der Entbindung gewährt werden. Neben diesen Forderungen auf wirtschaftlichem und sozialem Gebiet verlangen wir selbstverständlich das allgemeine und gleiche Frauenwahlrecht. Auch verpflichten wir unsere Kandidaten, unablässig die Aufhebung des § 80 des Vereinsgesetzes zu fordern, welcher den Frauen die Mitgliedschaft in politischen Vereinen untersagt. Dieser Paragraph ist in Österreich das einzige Hindernis für die politische Betätigung der Frauen, und dieses Hindernis wird deshalb doppelt empfunden. Jahreslang suchen wir schon nach einer Form, die den sozialdemokratischen Frauen eine geschlossene politische Organisation ermöglicht; die Abschaffung dieses einen Paragraphen würde uns sofort von dieser Mühe befreien. Es ist übrigens kaum anzunehmen, daß sich die bürgerlichen Parteien sehr gegen seine Abschaffung wehren würden, denn dem hartnäckigsten aller Gegner, dem Klerikalismus, könnte sie nur willkommen sein. Als Frauen und Mütter müssen wir schließlich die Forderung nach mehr Schulen aufstellen, und zwar nach freien konfessionslosen Schulen. In Österreich erhielten in einem Jahre fast 400.000 Kinder keinen Unterricht, weil keine Schulen für sie vorhanden waren. Ebensoviele Kinder, wenn nicht noch mehr, haben von dem Schulbesuch keinen Nutzen, weil ihre freie Zeit der Heimarbeit gehört. Abschaffung der Kinderarbeit, Jugend und Freiheit den Kindern der Ausgebeuteten wird und muß deshalb unser Kampfesdruf sein.

Mit diesem Programm ziehen wir in den Kampf. Wie immer, so wollen wir auch diesmal für den Sieg des Sozialismus unsere ganzen Kräfte einsetzen. Möchte der Erfolg unsere Mühe lohnen.

Emmy Freundlich-Mähr. Schönberg.

### Säuglingsfürsorgestellen.

Eine der wichtigsten sozialen Aufgaben, die die Gemeinden zu erfüllen haben, ist die Bekämpfung der Säuglingssterblichkeit. Welch gewaltiger Verlust an Nationalvermögen der Gesamtheit durch die große Sterblichkeit der Säuglinge erwischt, davon kann man sich eine Vorstellung machen, wenn man bedenkt, daß im Durchschnitt etwa 25 Prozent aller Lebendgeborenen vor Vollendung des ersten Lebensjahres sterben. Nach einer Zusammenstellung des

Statistikers Dr. Silbergleit aus dem Jahre 1895 starben von je 100 Lebendgeborenen im ersten Lebensjahre in Preußen 20,7, in Baden 22,2, in Württemberg 25,3, in Bayern 27,4, in Sachsen 28,1. Angesichts dieser Zahlen kann die Gesellschaft nicht müßig die Hände in den Schoß legen und den Dingen ihren Lauf lassen, sie muß in ihrem eigenen Interesse Maßnahmen zur Bekämpfung der Säuglingssterblichkeit ergreifen. Diese Aufgabe haben in erster Linie die Gemeinden zu lösen.

Nicht etwa den Arbeitern zuliebe müssen die Kommunen die nötigen Opfer bringen, wie die von Wohlwollen gegen die Minderbemittelten förmlich triefenden Vertreter der Bourgeoisie in den Gemeindeparlamenten es so oft darzustellen belieben, der Selbsterhaltungstrieb zwingt sie dazu, und es hat lange genug gedauert, bis sie sich — in der Hauptsache auf Betreiben der Arbeitervertreter — dieser Pflicht bewußt geworden sind. Auch jetzt noch gehen sie meist nur zögernd ans Werk.

Gewiß, die Arbeiterklasse hat am meisten unter der hohen Säuglingssterblichkeit zu leiden. Die Unterernährung weiter Kreise der Bevölkerung, die jämmerlichen Wohnungsverhältnisse in den Arbeiterquartieren der Großstädte, die Unfähigkeit vieler Arbeiterfrauen, ihre Kinder selbst zu nähren, der mangelnde Schutz, den Schwangere und Wöchnerinnen genießen, die ausgedehnte Frauenarbeit in Fabriken und in der Hausindustrie — das alles befördert in großem Maße die Sterblichkeit unter den proletarischen Kindern. Wie sehr die Säuglingssterblichkeit von der Zusammensetzung der Bevölkerung beeinflusst wird, dafür hat das Statistische Amt der Stadt Charlottenburg kürzlich einen schlüssigen Beweis geliefert. Es hat die an Berlin angrenzenden Gemeinden nach der Himmelsrichtung, in der sie vom Zentrum Berlins liegen, in acht Gruppen zusammengeschlossen und für jede dieser Gruppen die durchschnittliche Höhe der Geburtenhäufigkeit und der Kindersterblichkeit berechnet. Dabei zeigten sich in den verschiedenen Gruppen recht erhebliche Unterschiede. Im Westen mit seiner im allgemeinen wohlhabenden Bevölkerung beträgt die Sterblichkeitsziffer in den Sommermonaten nur 23,94, im Nordosten mit seiner armen Bevölkerung dagegen 66,17, das heißt von je 100 Lebendgeborenen starben in den Sommermonaten der Jahre 1902 bis 1906 in dem reichen Charlottenburg 23,94 Kinder vor Vollendung des ersten Lebensjahres, in dem armen Weißensee dagegen 66,17, also fast dreimal soviel. Etwas geringer ist der Unterschied naturgemäß im Jahresdurchschnitt — bekanntlich ist ja die Säuglingssterblichkeit im Sommer am größten. Der Jahresdurchschnitt beträgt für Charlottenburg 15,09, für Weißensee 31,42. Für ganz Groß-Berlin ergibt sich folgendes Bild: Auf 100 Geburten kamen im Jahre 1906 im ersten Lebensjahr: in Berlin 20,60 Sterbefälle, im Westen (Charlottenburg) 15,09, im Südwesten (Wilmersdorf) 14,49, im Süden 21,98, im Südosten 26,09, im Osten 25,20, im Nordosten 31,42, im Norden 19,74 und im Nordwesten 18,88. Also, je proletarischer die Bevölkerung, desto größer die Säuglingssterblichkeit, und umgekehrt.

Das wirksamste Mittel zur Bekämpfung der Säuglingssterblichkeit wäre naturgemäß eine vernünftige Sozialpolitik, die insbesondere den weiblichen Arbeitern den nötigen Schutz zuteil werden läßt. Solange sich die gesetzgebenden Körperschaften des Reiches dieser Verpflichtung entziehen, müssen sich die Gemeinden, um wenigstens etwas zu erreichen, mit „kleinen Mitteln“ begnügen. In der Hauptsache ist ihr Bestreben darauf gerichtet, an die Stelle der künstlichen Ernährung die natürliche durch die Mutterbrust treten zu lassen. Diesem Zwecke dienen die sogenannten Stillprämien.

Die ganze Bewegung gegen die Säuglingssterblichkeit steckt vorläufig noch in den Kinderschuhen; es gibt in Deutschland nur sehr wenig Gemeinden, die auf diesem Gebiet vorgegangen sind. Zu diesen gehört Berlin, dessen städtische Körperschaften beschlossen haben, eine Stiftung mit der Errichtung von vier, das ganze Stadtgebiet umfassenden Fürsorgestellen zu beauftragen. Die Aufgabe der Leiter der Fürsorgestellen ist es, in erster Linie darauf hinzuwirken, daß die Mütter die Säuglinge stillen. Bedürftigen, in Berlin ortsbahngelagerten Müttern kann hierzu auf ärztlichen Antrag eine materielle Unterstützung gewährt werden, während an Mütter, die nicht stillen können, oder an Pflegemütter Milch in genügender Menge und geeigneter Zubereitung bis zur Dauer von acht Tagen unentgeltlich, darüber hinaus zum Selbstkostenpreis abgegeben wird. Charlottenburg hat mit der Säuglingsfürsorge den Vaterländischen Frauenverein und den Elisabeth-Frauenverein beauftragt. Zum Betrieb der von diesen Vereinen errichteten Säuglingsfürsorgestellen zahlte die Stadt im Etatsjahre 1907 83.420 Mk. Von dieser Summe entfallen unter anderem 27.720 Mk. auf Milch, 5.500 Mk. auf ärztliches Honorar, 7.200 Mk. auf Honorar für die Schwestern, 9.760 Mk. auf die Kosten für die Herstellung trinkfertiger Portionen, 8.000 Mk. auf Beihilfe an Schwangere und 23.000 Mk. auf Beihilfe an stillende Mütter. Zu dem letzten Posten sei erläuternd hinzugefügt, daß stillenden Müttern, um ihnen das Selbstnähren zu ermöglichen, eine Unterstützung von höchstens 6 Mk. bis zur Dauer von 13 Wochen gewährt werden kann. Diese Einrichtung besteht erst seit zwei Jahren; sie hat sich recht gut bewährt, wie schon die Tatsache beweist, daß seit der Einführung der Stillprämie die Zahl der stillenden Mütter um 20 Prozent gestiegen ist.

Die Erfolge der von den Charlottenburger Gemeindebehörden getroffenen Maßnahmen sind nicht ausgeblieben. Bereits im ersten Tätigkeitsjahre der Fürsorgestellen ist die Sterblichkeit der Kinder, deren Mütter von dieser Einrichtung Gebrauch gemacht haben, auf 8,4 Prozent gesunken; in diese Zahl sind die Kinder mit eingerechnet, die auch nur

einmal die Fürsorgestelle aufgesucht haben, oder die schon in atrophischem Zustande hingebracht worden sind. In der Höhe der Sterblichkeit besteht zwischen den Brust- und den Flaschenkindern ein großer Unterschied, und zwar ist der Prozentsatz der im ersten Lebensjahre sterbenden Brustkinder niedriger als der der Flaschenkinder. Die Bevölkerung hat sich sehr schnell an die Fürsorgestellen gewöhnt. Während das ganze erste Betriebsjahr nur 968 Kinder aufweist, wurden die Fürsorgestellen in der Zeit vom 1. April bis 1. Oktober 1906 bereits von 1416 Kindern, das heißt fast einem Drittel aller in Charlottenburg geborenen Kindern besucht, und bis zum 1. Februar 1907 ist die Zahl bis auf 1939 angewachsen, das heißt etwa zwei Fünftel aller im ganzen Jahre in Charlottenburg geborenen Kinder. Dementsprechend ist auch der Milchverbrauch der Fürsorgestellen stark gestiegen. Im ganzen ersten Jahre wurden nur 44.418 Liter Milch abgegeben, im ersten Halbjahre des Rechnungsjahres 1906 dagegen nicht weniger als 63.912 Liter, davon 31 Prozent unentgeltlich. Außerdem sind in den beiden im Sommer 1906 eingerichteten Milchbüden in diesem halben Jahre noch 4320 Liter Milch zu trinkfertigen Portionen verarbeitet worden.

Verhältnismäßig gering war im ersten Jahre die Zahl der den Fürsorgestellen zugeführten unehelichen Kinder. Seit der Einführung der Verfassvormundschaft (Generalvormundschaft) am 1. Oktober 1906 wird jedes in Charlottenburg geborene uneheliche Kind den Fürsorgestellen überwiesen, wenn nicht besondere Gründe dies entbehrlich erscheinen lassen. Auch wird darauf gehalten, daß die unehelichen Kinder, bei denen die Sterblichkeitsziffer bekanntlich am höchsten ist, regelmäßig in den Fürsorgestellen vorge stellt werden.

Wenn auch die Charlottenburger Einrichtungen noch keineswegs ideal sind, so stehen sie doch turmhoch über dem, was andere Gemeinden bisher auf dem Gebiete der Säuglingsfürsorge geleistet haben. Jedenfalls ist der Beweis erbracht worden, daß die Gemeinden bei gutem Willen ohne allzugroße Kosten zweckmäßige Maßnahmen gegen die Säuglingssterblichkeit ergreifen können. Die hierfür aufgewendeten Mittel werden reichliche Früchte tragen. Es sei nur an die kürzlich in der „Jugendfürsorge“ (1906 S. 654 u. ff.) von Dr. Seiffert veröffentlichte Rechnung hingewiesen, nach der das Deutsche Reich einen Bevölkerungszuwachs von 13,2 auf 1000 Einwohner jährlich mit 9,6 Todesfällen von Kindern im ersten Lebensjahre erzielt. Nimmt man den Kostenwert eines Neugeborenen mit dem statistischen Engel zu 100 Mk. an, so gewann der in seinem Menschenstande repräsentierte Teil des Staatsvermögens jährlich im Deutschen Reich auf 1000 Einwohner einen Betrag von 1320 Mk. bei einem Produktionsaufwand von im ersten Lebensjahr wieder vernichteten, also zwecklos geborenen Menschenleben im Kostenwerte von 960 Mk.

Hieraus erhellt aufs deutlichste, wie sehr die Gesamtheit an einer Einschränkung der Säuglingssterblichkeit interessiert ist, und wie gut das hierfür angelegte Geld sich rentiert. P. H.

### Aus der Bewegung.

**Genossin Jich** hat die ihr vom Hamburger Landgericht zuerkannte Strafe von drei Monaten Gefängnis wegen „Aufreizung zum Klassenhass“, welches Delikt sie anlässlich der Wahlrechtsbewegung in Hamburg begangen haben soll, angetreten. Hoffentlich nimmt unsere tapfere Genossin keinen Schaden an ihrer Gesundheit.

**Von der Agitation.** Die Unterzeichnete referierte vor kurzem in Rehin (Havel), Tempelhof, Pankow, Senftenberg und Umgegend und Luckenwalde. In Rehin wurde, wie wir an anderer Stelle berichten, ein Frauenbildungsverein gegründet. Die Genossinnen hatten sich die größte Mühe gegeben, die Frauen in diese Versammlung zu bringen. Trotz der schlechten Witterung erschienen ungefähr 400 Personen, wohl zur Hälfte Frauen, die den Worten der Referentin mit der größten Aufmerksamkeit folgten. In Senftenberg und Umgegend fanden drei Versammlungen statt, denen Frauen in großer Zahl beiwohnten. Um sie mit unseren Zielen vertraut zu machen, hatten die Genossinnen das Thema angelehnt: „Zweck und Ziele der Sozialdemokratie“. In Senftenberg selbst wurde ein Bildungsverein gegründet, dem 45 Frauen beitraten. 37 bestellten die „Gleichheit“. Der Partei und den Gewerkschaften wurden Mitglieder gewonnen, der Presse neue Leser. Diese Fortschritte sind um so erfreulicher, als in Senftenberg das größte Bergarbeiterelend herrscht. Die Häuser sind ungefähr bis zu dreiviertel Stunden Entfernung von den Britzgruben schwarz von Ruß, und wie ein schwarzer Schleier zieht der Staub zum Himmel. Ein Einblick in die Wohnungen enthüllt traurige Zustände. In einem Raume müssen oftmals Mann, Frau und fünf bis sieben Kinder hausen; der Raum dient zugleich zum Wohnen, Schlafen, Kochen und zum Trocknen der Wäsche. Noch elender wohnen die ausländischen Grubenarbeiter. Die für sie bestimmten niedrigen Häuser stehen dicht an den Gruben; es prangen an ihnen die Worte: „Schlafraum der Grube...“ Die Räume dienen aber nicht nur zum Schlafen, sondern auch zum Wohnen. In ihrer Mitte stehen Tische und Bänke und an den Wänden die Bettstellen, immer zwei übereinander, in denen die übermüdeten Bergknappen oft genug völlig angeleidet schlafen. Abgerackert und frühzeitig gealtert steht hier die ganze Arbeiterchaft aus, Männer sowohl wie Frauen und Kinder. Bei Durchschnittslöhnen von 3,46 Mk. pro Tag ist das nicht zu verwundern. Es wird Zeit, daß auch diese Ausgebeuteten zum Klassenbewußtsein erwachen, sich dem Deutschen Bergarbeiterverband und der politischen

Organisation anschließen und aus der Arbeiterpresse Aufklärung schöpfen. Geschicht das, so wird später nicht wieder wie diesmal ein konservativer als Vertreter des Wahlkreises in den Reichstag geschickt werden, sondern ein Sozialdemokrat.

Berta Lungwiz.

Das bei der Wahl geäußerte Interesse der Frauen für politische und öffentliche Angelegenheiten hat sich erfreulicherweise auch weiter gezeigt. Im Monat Februar war trotz des Faschingsstrummels, der im Rheinland eine große Rolle spielt, die Tätigkeit der Frauen rege. Die Unterzeichnete konnte bei weitem nicht allen Wünschen nach Abhaltung von Referaten nachkommen. In Köln und Dülken fand je eine Versammlung für den Textilarbeiterverband statt. Die Buchbinderorganisation in Düsseldorf veranstaltete einen Unterhaltungsabend, um das Interesse der weiblichen Mitglieder für den Verband zu wecken. Die Unterzeichnete hielt einen Vortrag über das Leben und Wirken Heinrich Heines. In den Schlussbetrachtungen betonte sie, daß die Arbeitermassen sich durch ihre gewerkschaftlichen Organisationen in den Besitz der Zeit und der Mittel setzen müßten, um die Werke unserer Denker und Dichter kennen lernen und genießen zu können. In Barmen und Elberfeld fand je eine öffentliche Frauenversammlung statt; jede der beiden gestaltete sich zu einer imposanten Kundgebung der Frauen. Kopf an Kopf standen die Frauen und Mädchen; die Tische mußten aus dem Saal entfernt werden, um Raum zu schaffen. Die Unterzeichnete sprach über das Thema: „Die verflochtenen Reichstagswahlen, und welche Lehren haben wir daraus zu ziehen“. Der Erfolg dieser beiden Versammlungen war die Gewinnung von 170 Gleichheitsabonnenten. — Im Februar begann in Düsseldorf, Köln, Kalk und Ehrenfeld je ein Diskussionskursus über das Parteiprogramm. Der Kursus soll sechs Abende umfassen, und nach der angewandten Methode wird es möglich sein, den Frauen in sechs Abenden so viel vom Wesen der Sozialdemokratie beizubringen, als sie unbedingt wissen müssen. In den genannten Orten ist die Teilnahme an diesem Kursus über Erwartung stark; hoffentlich hält das Interesse der Frauen bis zum Schlusse an.

M. Kähler.

Ende Februar fand in Lößtau eine sehr gut besuchte Frauenversammlung statt. Genossin Wackwitz referierte über „Das Wahlrecht der Frau“. Sie machte den Proletarierinnen klar, welche ein Interesse sie daran hätten, Einfluß auf die Gesetzgebung zu gewinnen. Die Begründungen, die immer und immer wieder gegen das Frauenwahlrecht vorgebracht würden, seien durch Tatsachen längst widerlegt. Dort, wo die Frauen das Wahlrecht besäßen, würde es auch in weitgehender Weise ausgeübt. Zum Schlusse forderte Genossin Wackwitz die Frauen auf, sich zu organisieren und die Arbeiterpresse und die „Gleichheit“ zu lesen. In der Debatte sprachen Genossin Behner und Genossin Drejsche im Sinne der Referentin. Eine Reihe Neuaufnahmen wurden gemacht.

Marta Träger.

Eine Frauenversammlung fand Anfang März in Schwabing bei München statt. Schon im Dezember v. J. war hier eine solche einberufen worden, sie konnte jedoch wegen des schlechten Besuches nicht abgehalten werden. Um so besser war die diesmalige Versammlung besucht, für die von einigen Genossinnen tüchtig agitiert worden war. Genossin Lachenmeier sprach über den politischen und wirtschaftlichen Kampf und die Notwendigkeit, die Frauen über ihn aufzuklären. Sie schilderte auch das Elend der Heimarbeiterinnen und legte den Arbeiterinnen klar, wie notwendig es sei, daß sie sich gewerkschaftlich organisierten, dem Frauen- und Mädchenbildungsverein beiträten und die Arbeiterpresse unterstützten. Der Vortrag wurde oft von Beifall unterbrochen. In der anregenden Diskussion beteiligten sich der Genosse Baminger und die Genossinnen Gerstner und Mauerer. 27 der Anwesenden bestellten die „Gleichheit“, und verschiedene Frauen traten dem Bildungsverein bei. — Eine Woche später fand in München eine Versammlung für die Brauereihilfsarbeiterinnen statt, in der Genossin Mauerer referierte. Die Referentin geißelte die Ausbeutung der arbeitenden Klasse durch die Herrschenden. Sie kam dabei auch auf die Ausnutzung der Kinder in der Heimarbeiterarbeit zu sprechen und führte aus dem praktischen Leben ein Beispiel an, durch das die anwesenden Frauen tief erschüttert wurden. Die Versammelten schenken den Ausführungen große Aufmerksamkeit und waren dankbar dafür. Nachdem der Vorsitzende der Organisation die Frauen noch über verschiedenes aufgeklärt hatte, wurden mehrere Aufnahmen für die „Gleichheit“ gemacht.

e. m.

Eine öffentliche Versammlung, die kürzlich in Pichtenstein stattfand, war gut besucht, besonders von Frauen. Genossin Zieh-Verein referierte über das Thema: „Der neue Reichstag und die Frauen der arbeitenden Klasse“. Sie verglich die gegenwärtige wirtschaftliche und politische Stellung der Frau mit ihrer früheren und wies darauf hin, daß die veränderten Verhältnisse auch eine Änderung der staatsbürgerlichen Rechte der Frau bedingten. Es müßten für das weibliche Geschlecht politische Rechte, vor allem das Stimmrecht, erkämpft werden. Die Referentin forderte zum Schlusse auf, den Organisationen beizutreten. Ihr Vortrag fand großen Beifall. Nach Beendigung der Diskussion, in der auf den Wert der Arbeiterpresse und der „Gleichheit“ hingewiesen wurde, wählte die Versammlung Genossin Feld als Vertrauensperson wieder. Die Versammlung fand ohne polizeiliche Überwachung statt, Pichtenstein aber steht noch immer!

Anna Feld.

Am 16. März fand in Roth bei Nürnberg eine öffentliche Frauenversammlung statt. Referentin war Genossin Grünberg aus Nürnberg; das Thema lautete: „Die Frau des zwanzigsten Jahrhunderts“. Der Besuch war gut, doch

müssen noch immer mehr Frauen und Mädchen zu der Überzeugung gebracht werden, daß sie sich gleich ihren Männern und Brüdern politisch zu vereinigen und mit diesen Seite an Seite zu kämpfen haben. 29 Genossinnen erklärten sich bereit, freiwillige Parteibeiträge zu zahlen. Von der Gründung eines Bildungsvereins wurde vorläufig noch Abstand genommen. Genossin Riffelmacher machte noch einige Ausführungen über Frauenarbeit und Frauenausbildung durch das Unternehmertum und schloß mit der Mahnung an alle Frauen und Mädchen, fest und treu zur Partei zu halten und ihr immer neue Anhängerinnen zuzuführen.

Ulma Rey.

**Von den Organisationen.** In einer Mitgliederversammlung des Frauen- und Mädchenbildungsvereins in München, die Anfang März stattfand und sehr gut besucht war, referierte Genossin Grünberg-Nürnberg über: „Die Frau im zwanzigsten Jahrhundert“. Reicher Beifall belohnte sie für ihre trefflichen Darlegungen, denen sich eine lebhaft diskutierte anschloß, in welche die Genossinnen Schmitz, Niedermeier und Schmaus eingriffen. Frau Schmitz regte die Frage an, ob es nicht möglich wäre, daß die Proletarierinnen mit den bürgerlichen Frauenrechtlerinnen bei der Erlämpfung des Frauenstimmrechtes gemeinsame Sache machen könnten. Die Referentin wie die Genossinnen Niedermeier und Schmaus verneinten dies auf das bestimmteste und legten die Gründe dafür dar. Die Versammelten verpflichteten ihnen bei. Es wurden noch interne Vereinsangelegenheiten erledigt und viele Frauen in den Verein aufgenommen.

e. m.

Aber „Probleme der wirtschaftlichen und politischen Frauenausbildung“ sprach Genossin Waudert in einer Versammlung, die in der Sektion für weibliche Mitglieder des sozialdemokratischen Volksvereins in Weimar abgehalten wurde. Die Versammlung war von 70 Frauen und Mädchen besucht. Bevor man in die Tagesordnung eintrat, ehrten die Versammelten das Andenken der verstorbenen Genossin Burghardt. Der Referent wies an der Hand einer Broschüre über „Das wirtschaftliche Brautexamen“ nach, was für beschränkte Ansichten in den „bevorzugten“ Kreisen bezüglich der Frauenausbildung herrschen. Nur die moderne sozialdemokratische Frauenbewegung entspreche dem Geiste der Zeit. Schulter an Schulter müßten Männer und Frauen den Kampf gegen jeden Rückschritt führen. Sechs Neuanmeldungen wurden entgegengenommen, so daß die Mitgliederzahl gegenwärtig 93 beträgt. Genossinnen, agitiert in der bisherigen Weise weiter für die Organisation und die „Gleichheit“.

Emma Körber.

Eine öffentliche Frauenversammlung zu Rehin, die Mitte Februar tagte, und in der Genossin Lungwiz referierte, beschloß die Gründung eines Frauen- und Mädchenbildungsvereins für Rehin und Umgegend. 79 Frauen ließen sich aufnehmen. Eine Woche später fand die erste Mitgliederversammlung statt. Die folgenden Genossinnen wurden einstimmig in den Vorstand gewählt: Krumnow, Pfähler, Kyring, Stielcke, Gilmer, Böhm, Pochstein, König und Schüler. 87 Frauen abonnierten die „Gleichheit“. Nachdem der Vorsitzende des Volksvereins die Frauen in einer Ansprache aufgefordert hatte, fest zusammenzuhalten und die Arbeiterpresse zu lesen, wurde die Versammlung mit einem Hoch auf den Frauenbildungsverein geschlossen.

Berta Krumnow.

**Bericht der weiblichen Vertrauensperson in Bernburg (Anhalt) für das Jahr 1906.** Es ist das erste Jahr, über das von einer fest umgrenzten Frauenbewegung innerhalb der Sozialdemokratie Bernburgs berichtet werden kann. Den Anfang der Bewegung bildete im Dezember 1905 eine öffentliche Volksversammlung, in der Genossin Zieh referierte und die Unterzeichnete als Vertrauensperson gewählt wurde. Das Tätigkeitsfeld einer solchen ist in Anhalt nur eng begrenzt, da die anhaltische Gesetzgebung von den Frauen zwar die Erfüllung aller staatsbürgerlichen Pflichten fordert, ihnen aber in politischer Beziehung alle Rechte vorenthält. Somit mußte sich unsere Arbeit auf die Aufklärung der Genossinnen und die Beschaffung von Geldmitteln für die Partei beschränken. Der Aufklärung dienten im verflochtenen Jahre zwei öffentliche Frauenversammlungen, in denen Genossin Chmielowski-Magdeburg und Genossin Peus-Dessau referierten. Außerdem fanden mehrere zwanglose Zusammenkünfte statt, in denen durch Vorlesungen Unterhaltung und Belehrung geboten wurde. Erwähnung verdienen die Beteiligung der Genossinnen an der Maifeier und die Veranstaltung einer Weihnachtsfeier, die mit einem Überschuss von 11,35 Mk. abschloß. Auch ein Ausflug ward seitens der Genossinnen arrangiert, und zwar anlässlich des Hienburger Gewerkschaftsfestes. An freiwilligen Beiträgen gingen von den Genossinnen 118 Mk. ein. Davon wurden bisher der örtlichen Parteikasse 27 Mk. übergeben. Gegenwärtig beträgt der Kassenbestand 48,75 Mk. Auf Vorschlag der Vertrauenspersonen sind davon 45 Mk. dem sozialdemokratischen Reichstagswahlfonds überwiesen worden. Bemerkenswert sei noch, daß auf Beschluß der Genossinnen von dem Kassenbestand des aufgelösten Frauenvereins 30 Mk. der Parteikasse übergeben wurden. Die Genossinnen verkauften für 15 Mk. Bons und lieferten das Geld an Genossin Saader ab. Insgesamt beträgt sonach die Zuwendung an die Partei 117 Mk. Gegenwärtig sind 182 zahlende Genossinnen am Orte. Auf den finanziellen Erfolg unserer Tätigkeit können wir somit mit gewisser Befriedigung zurückblicken. Die Zahl der Gleichheitsleserinnen war leider bis Ende 1906 auf 50 gesunken, ist inzwischen aber wieder auf 65 gestiegen. Die Erfolge unserer Aufklärungsarbeit lassen sich zahlenmäßig nicht nachweisen, doch dürfen wir annehmen, daß von der reichen Saat, die überall, besonders in unseren Versammlungen, zur Stärkung sozialisti-

schen Denkens und Fühlens ausgestreut wurde, so manches Körnlein auf fruchtbaren Boden gefallen ist. — Wir sind vor keine leichte Aufgabe gestellt, denn wir haben den Kampf nach zwei Fronten zu führen: gegen die Unkenntnis in den Köpfen unserer gleichgültig dahinlebenden Geschlechtsgenossinnen und leider auch gegen ein gewisses Vorurteil in den Reihen unserer eigenen Parteigenossen, welche sonst bei jeder Gelegenheit den Mangel an Aufklärung im arbeitenden Volke beklagen, es aber meist für überflüssig halten, ihre eigenen Frauen zur Teilnahme an unseren Aufklärungsbestrebungen zu veranlassen. Trotzdem hoffen wir im Vertrauen auf unsere gerechte Sache, daß unsere, wenn auch nur bescheidene Teilnahme an dem Kampfe für Gleichberechtigung und Freiheit künftig die gebührende Würdigung finden wird. Mit dem Wunsche, daß die bereits gewonnenen Genossinnen auch im neuen Jahre unserer Bewegung treu bleiben, und daß sich ihre Zahl noch recht erheblich vermehren möge, haben wir das alte Jahr verlassen in dem Bewußtsein, nach Kräften der Sache des arbeitenden Volkes gedient zu haben.

Fr. Günther.

**Jahresbericht der Vertrauensperson der Genossinnen von Burg bei Magdeburg.** Auf das letzte Jahr können die Bürger Genossinnen mit Befriedigung zurückblicken. Ihre zweieinhalbjährige stille Kleinarbeit hat Früchte getragen. Die tätigen Genossinnen haben sich fester zusammengeschlossen, an Schulung gewonnen und eine rührige Wirksamkeit entfaltet, um die Proletarierinnen zum Bewußtsein ihrer Interessen, zum Kampfe für ihre soziale und politische Gleichberechtigung aufzurufen. Und was das bedeutet, kann nur der richtig beurteilende, der selbst für die Arbeiterbewegung praktisch tätig ist. Dem Bemühen der Genossinnen ist es zu danken, daß die Zahl der gewerkschaftlich organisierten Arbeiterinnen am Orte erheblich gestiegen ist. So zählte der Zentralverband der Schuhmacher zu Anfang des vorigen Jahres 190 weibliche Mitglieder, heute umfaßt er deren 380. Die „Gleichheit“, die von den Genossinnen selbst verbreitet wird, hat 100 Abonnentinnen gegen 88 im Vorjahre. Die Genossinnen setzten 300 Bons (von Genossin Baader) um und verbreiteten 600 Exemplare des Merkblatts: „Der Kampf um die Rente“. Außer der fleißigen Agitation von Person zu Person fanden drei öffentliche Frauenversammlungen statt, in denen die Genossinnen Jeeke und Fahrenwald und Genossin Borchardt referierten. Dem Frauen- und Mädchenbildungsverein, der im Oktober 1906 mit 27 Mitgliedern gegründet wurde, gehören jetzt 70 Genossinnen an. Der Verein hielt während des Jahres insgesamt 24 Versammlungen ab, in denen wissenschaftliche, ökonomische und gesellschaftliche Fragen behandelt wurden. Von Lust und Liebe der Frauen zur Sache zeugt es, daß sie den einzelnen Rednern mit großer Aufmerksamkeit folgten und in den Diskussionen Fragen stellten über die Punkte, die sie nicht verstanden hatten. Die Genossin Stollberg oder Blumtritt erteilten ihnen dann ausführliche Antwort. Im neuen Jahre soll das Bildungsprogramm des Vereins noch erweitert werden. Um auch die Geselligkeit zu pflegen und unsere Mitglieder mit denen des Magdeburger und des Cratauer Vereins in Fühlung zu bringen, wurde im Oktober v. J. das erste Stiftungsfest der Organisation abgehalten, wozu die Genossinnen der genannten Orte eingeladen wurden. Zahlreich waren die Magdeburger und Cratauer Genossinnen der Einladung gefolgt, und die Arbeiterchaft Burgs beteiligte sich lebhaft an dem Fest. Die frühlichen Stunden, die leider nur allzu schnell dahin waren, sind heute noch allen in angenehmer Erinnerung. — Wenn die Genossinnen im neuen Jahre so treu zusammenstehen wie im alten, dann braucht uns für die weitere Entwicklung unserer Bewegung nicht bange zu sein. Minna Suchy und Charlotte Blumtritt.

**Jahresbericht der Vertrauensperson der Genossinnen von Hohndorf-Röddich.** Im Februar v. J. hatten die Genossinnen durch großen Fleiß 20 Leserinnen der „Gleichheit“ gewonnen. Diese Zahl sollte bald erheblich vergrößert werden. Anfang April fand eine öffentliche Gewerkschaftsversammlung statt, in der Genossin Zieh referierte und die Frauen aufforderte, auf die „Gleichheit“ zu abonnieren. Ihre Mahnung hatte Erfolg: die Abonnentenzahl stieg von 20 auf 150, ist aber leider wieder bis auf 140 zurückgegangen. Stände uns ein Lokal zu politischen Versammlungen zur Verfügung, so würde unsere Bewegung auch schneller vorwärts schreiten. Hoffentlich wird es in diesem Jahre mit der Lokalfrage besser. Es wurden 294,40 Mk. eingenommen und 239,67 Mk. ausgegeben, der Überschuss beträgt somit 54,73 Mk. Dem Agitationsfonds der Genossinnen sind 10 Mk. an freiwilligen Beiträgen überwiesen worden. Die Genossinnen haben im Hinblick auf die Schwierigkeiten, mit denen sie bei der Agitation kämpfen müssen, keine Ursache, mit dem Resultat ihrer Arbeit unzufrieden zu sein. Wir wollen hoffen, daß die gewonnenen Anhängerinnen tätige Agitatorinnen werden und Hand in Hand mit den alten Genossinnen ihre Pflicht erfüllen, damit wir am Schlusse dieses Jahres auf eine recht befriedigende Tätigkeit zurückblicken können.

Friederike Straubel.

**Halbjahresbericht der Vertrauensperson der Genossinnen Alstadens (Rheinland).** Langsam, doch stetig geht es bei uns vorwärts. Durch eifrige Agitation führen wir unserer Frauenbewegung immer neue Anhänger zu. Trotz gefährlicher Gegenagitation der hiesigen Pfaffen macht sie gute Fortschritte. Die Frauen fangen an zu denken und mit den Genossen für gleiches Recht zu kämpfen. Der letzte Bericht sprach von 55 weiblichen Mitgliedern der Partei am Orte, diesmal können wir erfreulicherweise schon von 85 berichten. Konnten wir im letzten Halbjahr auch keine Versammlung abhalten, weil es an einem Lokal mangelte, so haben wir doch all das getan, was wir uns vorgenommen

hatten. Die Genossinnen verteilten im Januar Merk- und Wahlflugblätter und führten der „Gleichheit“ dadurch viele neue Abonnenten zu. Eingenommen wurden seit dem Einsetzen unserer Bewegung im August 1906 117,78 Mk., und zwar 42,44 Mk. als Überschuss einer Versammlung, 50,29 Mk. als Überschuss der „Gleichheit“ und 25 Mk. an freiwilligen Beiträgen. Ausgegeben wurden 33,25 Mk., so daß ein Restbestand von 79,48 Mk. übrig bleibt. Das ist im Hinblick auf die örtlichen Verhältnisse ein ganz befriedigendes Resultat. Frau Gerrißen.

**Eine gründliche Abrechnung mit den bürgerlichen Damen war die öffentliche Frauen- und Mädchenversammlung zu Hamburg** am 15. Februar im großen Saale des Gewerkschaftshauses. Die Versammlung erfreute sich eines ungemein starken Besuches. Weit über 3000 Personen, in der Mehrzahl Frauen, waren erschienen. Genossin Ziez, von den Anwesenden lebhaft begrüßt, erhielt das Wort zu dem Vortrag: „Das Verhalten der bürgerlichen Damen im Gegensatz zu dem der proletarischen Frauen bei der letzten Reichstagswahl“. Sie gab einen Überblick über die durch den Ausfall der Wahl geschaffene Situation und schilderte eingehend die Gefahren, die dem wertvollen Volk von dem neuen Reichstag drohen. Weiter deckte sie auf, wie sich die linksliberalen Parteien als echte Schleppträger der Reaktion gezeigt haben. In 84 Wahlkreisen ward durch ihr Verhalten in der Stichwahl uns das Mandat entrissen und Reaktionären zugeschanzt: Konservativen, Reichsparteilern, Nationalliberalen und Antisemiten. Das Verhalten Ehrenreichs, seine Unterstützung durch den Hotten-Reim und die „Herren“ vom Reichslügenverband wurde beleuchtet. Und diese „Freisinnsgroßen“, diese Reaktionshelden und -helfer haben die bürgerlichen Damen im Wahlkampf unterstützt. Sie sind also Schulter an Schulter mit den Reichsverbändlern zur Belämpfung der Sozialdemokratie ausgezogen. Und das, obgleich sie in ihrem Organ für „Frauenstimmrecht“ und in der „Frauenbewegung“ wieder und wieder die alte Phrase wiederholen: Sie stünden über den Parteien, in das Parteigedankt wollten sie sich nicht mischen. Bei der Unterstützung eines Kandidaten hätten sie nicht nach seiner Parteizugehörigkeit zu fragen, sondern nach seinem Charakter, seiner Persönlichkeit, seiner Haltung als Politiker. Diese politische „Neutralität“ haben sie aber keineswegs gegenüber der Sozialdemokratie geübt. In Hamburg, in Thüringen — zum Beispiel in Meiningen —, in Frankfurt a. M. und verschiedenen anderen Wahlkreisen agitierten sie gegen uns und für den Freisinn. In Mannheim hat die Führerin der Ortsgruppe des Vereins für Frauenstimmrecht offiziell und öffentlich zur Unterstützung des Blokkandidaten gegen unseren Genossen Frank aufgefordert. Aber für all dies Liebeswerben sind die Damen von den Freisinnsmännern miserabel behandelt worden. In Berlin kamen sie weder in die freisinnige Wählerversammlung hinein, noch in die Dernburg-Versammlung, daselbst passierte ihnen in Stuttgart. Ob ihres Anschlusses an eine bestimmte bürgerliche Partei machen wir den Frauenrechtlerinnen keineswegs einen Vorwurf. Im Gegenteil. Als Angehörige des Bürgertums und Vertreterinnen der herrschenden kapitalistischen Wirtschaftsordnung gehören sie naturgemäß auf die Seite des Bürgertums, das diese Wirtschaftsordnung erhalten will. Sie wollen es sich in ihr nur noch wohlicher und bequemer einrichten durch die Eroberung von Rechten, die ihnen fehlen. Ihre Freundschaft mit bürgerlichen Parteien ist geschichtlich bedingt durch ihre Klassenlage. Einen Vorwurf machen wir ihnen lediglich ob ihrer Heuchelei, die das stets ableugnet und von der einen großen Schwesternschaft unter den Frauen spricht, trotzdem eine abgrundtiefe Kluft die bürgerlichen und proletarischen Frauen voneinander trennt. Wir als Proletarierinnen, als Angehörige der Arbeiterklasse stehen im schärfsten Kampfe gegen die kapitalistische Wirtschaftsordnung, die jene erhalten wollen. Wir kämpfen allerdings auch für Staatsbürgerrechte der Frauen, für uns ist die Eroberung dieser Rechte aber nicht nur Selbstzweck wie bei den Damen, sondern vor allem Mittel zum Zwecke der vollen Befreiung aus Kapitals Fängen. Und selbst den Kampf um Staatsbürgerrechte führen die Damen in geradezu wunderlicher Weise. Das hat wiederum diese Reichstagswahlbewegung gezeigt, wo sie jene Parteien unterstützten, deren Mitglieder nicht nur sehr platonische Liebhaber des Frauenwahlrechtes sind, sondern die auch durch ihr Verhalten die Reaktion gestärkt haben, so daß die Erringung des Frauenstimmrechtes in um so weitere Ferne gerückt ist. Und diese Damen rühren dann überall die Werbetrömel, um die Proletarierinnen für ihre bürgerlichen Vereine zu kapern. Es gilt nicht nur die energische Abwehr solcher „Liebeswerbungen“ der Bürgerlichen, es gilt vielmehr, angesichts der jetzigen Situation mehr denn je, die Einreihung der Proletarierinnen in das große Kampsheer der Sozialdemokratie. Es gilt, die Proletarierinnen den sozialdemokratischen Vereinen zuzuführen, sie mit sozialdemokratischem Geiste zu erfüllen. Zu diesem Zwecke muß ihnen das Studium unserer Literatur, vor allem unserer Tagespresse und der „Gleichheit“, empfohlen werden. Wenn das Verhalten der Damen bei der Reichstagswahl dazu führt, daß die Proletarierinnen und Töchter in größerem Umfang denn bisher in dieser Hinsicht ihre Pflicht erfüllen, so könnten wir mit Goethe sagen: Sie sind „ein Teil von jener Kraft, die stets das Böse will und doch das Gute schafft“. Stürmischer Beifall erscholl, als Genossin Ziez genedet hatte. An der Diskussion beteiligten sich Fräulein Kay, Fräulein Heymann und Frau Weidemann. Fräulein Heymann suchte das Verhalten der bürgerlichen Damen zu verteidigen, wobei sie die von frauenrechtlicher Überhebung zeugende Bemerkung machte, sie glaube schon, daß sie die Versammlung nicht überzeuge, es sei ihr aber auch ganz gleich, wie diese ihre Ausführungen aufnehme. Die Stellungnahme der Damen zur Kolonialpolitik, die Genossin

Ziez besonders gebrandmarkt hatte, suchte sie zu entschuldigen mit der „veränderten“ Stellungnahme der Regierung. Die Anlagen, daß ihr Verhalten die Stärkung der Reaktion zur Folge gehabt, konnte sie natürlich nicht entkräften; sie suchte das Kampffeld dadurch zu verschieben, daß sie die Sozialdemokratie anklagte, in Bayern mit dem Zentrum Abmachungen getroffen und dadurch, die Reaktion gestärkt zu haben. Daß dies Abkommen erst in der Stichwahl getroffen ward, um die Schutztruppen der Regierung zu verdrängen, scheint Fräulein Heymann unbekannt zu sein. Besonders entrüstet zeigte sich Fräulein Heymann über unsere Parteidisziplin. Dieselbe zu brechen, empfahl sie allen Ernstes; die Frauen möchten das „Fremdenblatt“ lesen worauf ein ungeheures Gelächter antwortete. In ihrem Schlusswort stellte Genossin Ziez nochmals fest, um was es sich für uns handelte und empfahl folgende Resolution: Die am 15. Februar im Gewerkschaftshaus versammelten Frauen und Mädchen anerkennen, daß angesichts des Ergebnisses der letzten Reichstagswahl und der durch sie geschaffenen reaktionären Reichstagsmehrheit es mehr als je ihre Pflicht ist, für die Ausbreitung des sozialistischen Gedankens, für die Stärkung der sozialdemokratischen Organisationen, für die Ausbreitung ihrer Presse tätig zu sein. Von den bürgerlichen Damen trennt uns grundsätzlich eine breite Kluft. Die Damen, die innerhalb der bürgerlichen Welt wohl eine Reihe von Reformen anstreben, gleich uns, wollen keineswegs wie wir die bürgerliche Gesellschaft mit ihrer kapitalistischen Produktionsweise bekämpfen und in die sozialistische Gesellschaft umwandeln. Diese uns von den Frauenrechtlerinnen scheidende Kluft ist deutlich illustriert worden durch das Verhalten derselben bei der letzten Reichstagswahlbewegung. Die Versammelten erwarten deshalb von den proletarischen Frauen, daß sie nicht nur den bürgerlichen Vereinigungen fernbleiben, das ist selbstverständlich, sondern daß sie auch deren Veranstaltungen meiden. In den Reihen der Sozialdemokratie als ziellare Klassenkämpferinnen ist ihr Platz.“ Sämtliche Anwesende, mit Ausnahme der kleinen Anzahl Frauenrechtlerinnen, stimmten der Resolution zu. Mehrere hundert Personen meldeten sich teils zum Eintritt in die Partei, teils zum Abonnement auf die „Gleichheit“. Eine Tellerfassung ergab circa 113 Mark.

**Nachklänge vom Wahlkampf.**

Nach der Wahl sind uns aus den verschiedensten Gegenden Deutschlands von Genossen und Genossinnen zahlreiche Zuschriften zugegangen, in denen teils die allgemeinen oder auch die lokalen Ursachen unserer Mißerfolge untersucht werden, teils — und das ist bei der Mehrzahl der Fall — die Genossinnen zu eifriger opferfreudiger Weiterarbeit aufgefordert werden. Zugleich werden verschiedene Wege empfohlen, die bei dieser Arbeit eingeschlagen werden sollen. Diese Aufrufe und Vorschläge sind ein höchst erfreuliches Anzeichen für das rege politische Leben, das im weiblichen Proletariat zu erwachen beginnt. Sie bürgen dafür, daß unsere Genossinnen reblich das Ihre dazu beitragen werden, auch diesen ungünstigen Wahlausfall der kraftvollen und gesunden Weiterentwicklung der sozialdemokratischen Bewegung nutzbar zu machen. Dennoch können wir diese Aufrufe nicht zum Abdruck bringen; das verbietet uns der Raumangel, aber auch der Umstand, daß die wesentlichen Gedankengänge der einzelnen Zuschriften einander meist sehr ähnlich sind. Wir müssen uns daher darauf beschränken, die wichtigsten Vorschläge aus den verschiedenen Einsendungen kurz zu registrieren.

Genossin Schilling-Döbeln fordert die Frauen auf, sich der politischen, der gewerkschaftlichen und vor allem der genossenschaftlichen Organisation anzuschließen, nur dort ihren Bedarf einzulösen, wo auch die Interessen der Arbeiterschaft Unterstützung finden. — Auch Genossin Johanna Leipzig fordert zum massenhaften Eintritt in die Konsumvereine auf. — Genossin Ransenberg-Köln-Ehrenfeld empfiehlt die Gründung und den weiteren Ausbau von Frauenbildungsvereinen, nicht nur zur Aufklärung der Frauen, sondern vor allem auch zur Heranziehung der heranwachsenden jungen Mädchen. Es gelte den Kampf aufzunehmen gegen die Jungfrauenvereine, die unter dem Einfluß der Pfaffen stehen. Wenn man den jungen Gemütern auch noch nicht mit wissenschaftlichen Vorträgen kommen könne, so wäre es doch möglich, sie durch gemeinsames Lesen von Gedichten und Dramen zu fesseln und in unserem Sinne zu beeinflussen. — Genossin Müller-Köln-Sülz weist auf die Gefahr hin, daß die im Wahlkampf neugewonnenen Genossinnen nun nach der Niederlage mutlos und zweifelnd werden möchten, und fordert die älteren Genossinnen auf, deshalb doppelt und dreifach agitatorisch tätig zu sein. Wenn es auch nicht jeder gegeben ist, öffentlich aufzutreten, so kann sie doch stille Mitarbeiterin sein, kann bei ihren Verwandten und Bekannten, bei ihren Hausgenossen und Nachbarinnen für unsere sozialistischen Gedanken Propaganda machen, vor allem auch für die Verbreitung unserer Presse agitieren. — Solche agitatorische Kleinarbeit, auch unter den Einlogierern oder Schlafleuten, ja sogar unter den Handwerksburschen, die um eine Gabe ansprechen, empfiehlt auch Genossin Eckermann-Altona. — Ein Genosse aus Hannover weist auf die Rolle hin, die die Geistlichkeit von jeher gegenüber der aufstrebenden Arbeiterschaft gespielt hat und fordert im Anschluß daran zum Austritt aus der Kirche auf. — Genossin Kähler-Hamburg und Genosse Melber-Kadolfzell legen den Hauptnachdruck auf die Arbeit im engsten Familienkreis. Ausgehend von der Tatsache, daß in Hamburg Männer von der Wahlurne zurückgewiesen worden sind, weil ihre Frauen hinter ihrem Rücken Armenunterstützung in Anspruch genommen hatten, richtet Genossin Kähler an die Männer die Aufforderung: Ihr Frauen auch

geistig zu ihrer Genossin zu machen, alles mit ihnen zu besprechen und sie so aufzuklären. Genosse Melber kommt zu demselben Schluß. Er sagt: Daß unsere Frauen so sind, wie sie sind (er hat dabei ihre Abhängigkeit vom Klerus im Auge), daran tragen wir Männer die größte Schuld. Wir müssen suchen, unsere Frauen aufzuklären, wir müssen sie mehr teilnehmen lassen am öffentlichen Leben, sie mit in Versammlungen nehmen usw.

Es ist ersichtlich, daß die Aufrufe in ihrer Gesamtheit alle wesentlichen Gebiete berühren, auf denen gearbeitet werden muß. Den einzelnen haftet freilich der Mangel an, daß sie das Heil der Zukunft in einem einzigen Mittel sehen. Für den proletarischen Klassenkampf gibt es aber kein „einziges“ Mittel, es gibt nur Mittel, die je nach den Umständen neben-, mit oder nacheinander angewendet werden müssen. Es wäre zum Beispiel falsch, nur gewerkschaftliche oder konsumgenossenschaftliche Agitation betreiben zu wollen und dabei die politische Arbeit zu vergessen. Und das Aufgehen in der Kleinarbeit — so bitter notwendig sie auch ist — kann zu einer schweren Gefahr für unsere Bewegung werden, wenn die großen Ziele, für die diese Kleinarbeit geleistet werden muß, dem einzelnen nicht richtunggebend und begeisternd vor Augen stehen. Deshalb dürfen die Genossinnen ihre Kraft nicht bloß auf ein bestimmtes Arbeitsgebiet konzentrieren; sie müssen auf allen Schlachtfeldern mitkämpfen, auf denen der Sozialismus den Kampf gegen die alte Welt aufnimmt und aufnehmen muß. Und sie dürfen dabei nicht vergessen, daß das Ziel unserer agitatorischen und organisatorischen Arbeit nicht sein kann, Wahlstimmen auf Wahlstimmen zu häufen, sondern die Köpfe zu revolutionieren. Die Genossinnen müssen daher nicht bloß tüchtig arbeiten, jede als Agitatorin in ihrem Lebenskreis, sondern auch ernstlich lernen und studieren, um den Sozialismus als Weltanschauung zu erfassen und verbreiten zu können.

Vorwärts also, Genossinnen, an die Arbeit! Treu und gewissenhaft im Kleinen, aber ohne dabei das Große, das Ganze unserer Aufgabe aus dem Auge zu verlieren!

**Die Behörden im Kampfe gegen die proletarischen Frauen.**

**Polizeiliches Vorgehen gegen die Frauenbildungsvereine im Rheinland.** In Nr. 2 der „Gleichheit“ berichteten wir von der Auflösung des Frauenbildungsvereins in Elberfeld. Wir bringen heute unseren Leserinnen ein Schriftstück zur Kenntnis, welches auf den aufgelösten Verein Bezug nimmt. Genossin Vogt hatte während der Wahlbewegung eine öffentliche Frauenversammlung einberufen, worauf sie folgenden Drohbrief erhielt:

Elberfeld, den 10. Januar 1907.

Sofort!

Ich nehme Bezug auf mein Schreiben vom 23. August 1906 III. A. 5014. — Nachdem die Schließung des Vereins für Frauen und Mädchen der Arbeiterklasse durch rechtskräftiges Erkenntnis der Strafkammer II. Königl. Landgerichts hier vom 17. Dezember 1906 — II. M. 5006/26 — angeordnet worden ist, eröffne ich Ihnen als der seitherigen Vorsitzenden dieses Vereins, daß Versammlungen des Vereins für Frauen und Mädchen der Arbeiterklasse künftighin nicht mehr geduldet werden und Zuwiderhandlungen gegen die polizeiliche Anordnung, abgesehen von dem gegen die Schuldigen einzuleitenden Strafverfahren, die Anwendung unmittelbaren Zwanges nach sich ziehen werden.

J. V.: Der Beigeordnete: Pfeiffer.

Dunkel ist der Drohung Sinn, denn niemand hat daran gedacht, den Verein weiterzuführen. Die Einberufung öffentlicher Versammlungen war bisher nicht strafbar. Der Herr Beigeordnete hat in seinem Abreifer stark daneben gehauen.

Der Frauenbildungsverein zu Elberfeld beschäftigte vor einiger Zeit das Kammergericht. Das Landgericht zu Elberfeld hatte, wie wir schon in Nr. 25 vorigen Jahres berichteten, sämtliche Vorstandsmitglieder des Vereins auf Grund der §§ 8 und 16 des preussischen Vereinsgesetzes zu je 15 Mk. Geldstrafe verurteilt, weil sie Frauen als Mitglieder in einen Verein aufgenommen hätten, welcher — wenn auch nicht ausschließlich — bezweckte, in Versammlungen politische Gegenstände zu erörtern. Das Landgericht lehnte es jedoch ab, auf Schließung des Vereins zu erkennen, und führte für diese Stellungnahme an, daß der Verein nur gelegentlich für politische Zwecke gemäß § 8 mißbraucht worden sei, und daß die Angeklagten bisher noch unbescholten gewesen seien. — § 16 des Vereinsgesetzes bestimmt, daß bei Übertretungen des § 8 auch „nach der Schwere der Umstände auf Schließung des Vereins erkannt werden kann“, und daß darauf erkannt werden muß, wenn Vorsteher, Ordner oder Leiter sich wiederholt strafbar gemacht haben. — Die Staatsanwaltschaft legte Revision ein und verlangte die richterliche Schließung des Vereins. Das Kammergericht verwarf das Rechtsmittel der Staatsanwaltschaft mit der Begründung: Da § 16 es dem richterlichen Ermessen anheim gäbe, ob der Verein geschlossen werden solle oder nicht, so sei dies lediglich Sache der Strafzumessung und könne in der Revisionsinstanz überhaupt nicht nachgeprüft werden. — Man sieht, wie „fürsorgliche“ Obrigkeit emsig bemüht sind, den reaktionären gesetzlichen Bestimmungen Geltung zu verschaffen. Ob's was nützt? W. Kähler.

**Politische Rundschau.**

Feldgraue Uniformen sollen in der deutschen Armee eingeführt werden. Endlich wird also die seit zwei Jahrzehnten von den Sozialdemokraten und einsichtigen Militärs aufgestellte Forderung erfüllt daß man in der Zeit des rauch-

losen Pulvers und der weittragenden Schnellfeuerwaffen nicht schon auf weiten Entfernungen den Soldaten durch bunte Uniform und blinkenden Metallzierat dem Feinde verrate. Und nebenbei gibt's auch eine Ersparnis, die den notleidenden Unterbeamten und mittleren Beamten der Reichspost- und Telegraphenverwaltung zugute kommen könnte. Die Regierung hatte ihnen zur Förderung ihres Wahlgeschäftes eine Aufbesserung versprochen, wollte sie aber jetzt mit Rücksicht auf die schlechte Finanzlage des Reichs mit einem Teuerungsrückgeld von 50 Mk. abspesen. Auf das Drängen des Zentrums und der Sozialdemokratie, die eine Erhöhung dieser unzulänglichen Summe auf 100 Mk. für die Unterbeamten und 150 Mk. für die mittleren Beamten in den Notetat einsetzen wollten, haben sich die „nationalen“ Parteien schließlich zur Einbringung einer Resolution verstanden, die die Regierung um diese Erhöhung ersucht. Angesichts der so erzielten Einmütigkeit des Reichstags ließ der Reichskanzler endlich erklären, daß er für diese Forderung im Bundesrat eintreten wolle. Die Gehaltsaufbesserung soll 1908 erledigt werden, mit ihr aber auch, wie der Reichsschatzsekretär erklärte, die Deckungsfrage. Das heißt Herr v. Stengel hat an den erst vom verflochtenen Reichstag bewilligten neuen, ungerechten, schlechten Steuern, die 120 Millionen Mark jährlich bringen sollen, nicht genug, er braucht abermals neue. Denn der diesjährige Reichshaushalt kann, wie die Budgetkommission festgestellt hat, nur mit Hilfe einer Anleihe von 400 Millionen ins Gleichgewicht gebracht werden. Die Schulden des Reiches sind aber ohnehin schon gefährlich gewachsen — die fünfte Milliarde wird jetzt angebrochen — und unter allzu heftigem Schuldenmachen leidet der Kredit. Aber wenn Vereinfachungen und Verbilligungen im Heerwesen eintreten, wie Bülow in seiner Etatsrede in Aussicht gestellt hat, dann brauchen wir vielleicht doch keine neuen Steuern? Freilich brauchen wir sie nicht, wenn wirklich Ersparnisse gemacht würden. Die schlichten, feldgrauen Uniformen sind ja sicherlich billiger als die bunten Röcke mit den blinkenden Knöpfen. Aber gespart wird trotzdem nichts — weil die bunten Röcke eben nicht fortfallen! Die feldgrauen würden sich bei der Parade nicht gut ausnehmen. Und deshalb ist der weise Ausweg gewählt worden, daß die neuen feldgrauen Uniformen nur im Manöver und im Felde getragen werden. Michel darf sich also weiter des schönen bunten „Rockes des Königs“ erfreuen und dafür blechen.

Mit den übrigen „Vereinfachungen und Verbilligungen“ im Heere, die Bülow den erfreuten Liberalen in lockender Aussicht stellte, steht's nicht besser. In der Budgetkommission hat der Kriegsminister, als dies Versprechen erwähnt wurde, trocken erklärt, die technischen Erfindungen auf dem Gebiet des Kriegswesens haften sich in geradezu beängstigender Weise, die Ruchbarmachung sei sehr kostspielig, und kaum eingeführtes sei schon wieder veraltet. Bei der Marine sehen wir dieselbe endlose Schraube in Tätigkeit. Die Kriegsschiffe werden stetig größer und damit stetig kostspieliger — ein großer Kreuzer kostet heute mit 36 1/2 Millionen — ohne die teure Geschützausrüstung — schon mehr, als vor einigen Jahren noch das größte Linienschiff. Da das wahnsinnige Wettrennen der Nationen munter fortgeht und unter kapitalistischem System, zumal in der Ära der Weltpolitik, keine Regierung an Abrüstung denkt, so wird der Militarismus Ersparnisse auf seine Kosten nicht gestatten. Für solche „Kulturaufgaben“ muß eben Geld vorhanden sein, ebenso wie für die Kolonien. Die „nationale“ Mehrheit hat natürlich die Forderungen für Südwestafrika, die den Anlaß zur Auflösung des Reichstags gaben, prompt bewilligt, obgleich inzwischen der Feldzug völlig beendet wurde. Wenige Tage nach der Bewilligung erklärte denn auch ein kaiserlicher Erlaß den Kriegszustand in der Kolonie für beendet. Am 19. März wurde auch die Unterwerfung des letzten Hottentottführers Simon Copper gemeldet. Aber trotzdem bleibt im Sand- und Dornenlande außer der um 800 Mann zu verstärkenden Polizeitruppe die Kolonialarmee von 4000 Mann! — Auf die scharfe Kennzeichnung der Kolonialpolitik, die die Genossen Ledebour und Bebel bei dieser Gelegenheit vornahmen, wurde kaum geantwortet. Die Mehrheit war ja sicher. Das Zentrum, das hier allen Anlaß zur Abrechnung mit der Regierung gehabt hätte, zeigte auffallend wenig Angriffslust. Fast gleichzeitig wurde die Erzberger'sche Kolonialopposition von mehreren angesehenen Zentrumsblättern in aller Form abgeschüttelt. Das Zentrum ist eifrig dabei, den Weg zur Verständigung mit der Regierung zu ebnen.

Dem Liberalismus, namentlich dem Freisinn, ist dabei nicht wohl zumute. Aber um so unentwegter belätigt er seine Regierungsrückständigkeit. Der Freisinn brachte es fertig, nicht bloß die ostentative Mißachtung des Reichstags schweigend hinzunehmen, die in dem Fernbleiben des Reichskanzlers von den letzten sechs Tagen der Etatsdebatte, insbesondere aber in der Verweigerung der Antwort auf die sozialdemokratische Interpellation wegen der Regierungswahlmache zum Ausdruck kam, ein Teil seiner Mannen stimmte sogar gegen die Besprechung und später gegen die Weiterberatung dieser Interpellation. Sie haben indes nicht verhindern können, daß das Strafgericht niederging über die amtlichen Wahlmacher und die gemeine und verlogene Kampfweise der „nationalen“ Parteien sowie ihres Haupthelfers, des Reichslügenverbandes. Ein Strafgericht war's, und so ward es empfunden. Wie Peitschenschläge saßen die mit der rücksichtslosesten Schärfe geführten Hiebe unserer Redner Fischer und Bebel im Antlitz der Schuldigen, und das wilde Aufschreien der Gezüchteten, ihr wüstes Loben und Brüllen führte zu Tumultszügen, wie sie der Reichstag seit langem nicht mehr erlebt hat. Das Brüllen war die bedeutendste Leistung der „nationalen“ Parteien in dieser für sie so schmachvollen Debatte. Was die Konservativen und Nationalliberalen

an Reden gegen die wichtigen Anklagen unserer Sprecher aufbrachten, war mehr als lässlich. Der Freisinn aber, der Mitangeklagte, wählte der Tapferkeit besseres Teil und schwieg, wie sein Hero Bülow.

Der Lohn aber für diese „nationale“ Haltung wird dem braven Liberalismus immer noch vorenthalten. Er kann in Preußen nicht einmal die Entlassung des Kultusministers v. Studt erreichen, des unfähigsten und geistesärmsten Bureaukraten, der jemals Kultusminister war. Von Anstrengungen Bülow's für den Liberalismus merkt man nichts. Wie er im Reichstag kniff, so blieb er auch den für den Liberalismus wichtigen Verhandlungen des preussischen Landtags über den Etat der Schulverwaltung fern, während er den Junkern im Landwirtschaftsrat seine Aufwartung machte und sie seiner unwandelbaren agrarischen Treue versicherte. Die Junker sind denn auch soweit mit diesem Reichskanzler, der sich als „agrarischer“ sogar noch auf seinem Grabstein bekennen will, ganz zufrieden — seine leise Bitte aber, um den Liberalen auch ein paar schwächliche Konzessionen — Borsfentform unter anderem — zu gewähren, hat die Junkerpresse mit kaltem Hohn abgelehnt. Vieher verzichteten die Konservativen auf die „nationale“ Einigung und gehen mit dem „antinationalen“ Zentrum. Wie sie das in der Schuldebatte im preussischen Landtag getan haben, wo sie in rücksichtslosester Form jede Abmilderung der Herrschaft der Kirche über die Schule verweigerten und erklärten, daß die Volksschule allezeit bleiben soll, was sie ist: eine geistlose Dressuranstalt, wo fromme, demütige Christen, gehorsame, patriotische Untertanen und also auch willige, genügsame Ausbeutungsobjekte für die Junker gezüchtet werden. Herr Studt — oder ein ihm Gleichwertiger — wird also weiter die preussischen Lehrer bütteln und die Schule als Kampfmittel gegen Sozialdemokraten und Polen mißbrauchen. Mit Maßregeln von unglaublicher Härte und ebensoviel Unverständnis wird der polnische Schulstreik um die Muttersprache zu unterdrücken gesucht. Zu gleicher Zeit verbietet Herr Studt Sozialdemokraten die Erteilung von Turnunterricht an Jugendliche wegen „mangelnder sittlicher Reife“, verbietet er den Oberrealschullehrern Kiels, den dortigen organisierten Arbeitern unpolitischen Sprachunterricht zu erteilen!

Schöne Versprechungen in großer Fülle hat auch der russische Ministerpräsident Stolypin für die nur durch einen Zufall der herabstürzenden Decke des Laurischen Palais entgangene Duma gehabt. Was dabei herauskommen wird, steht dahin; Vertrauen zu dieser Regierung der Feldkriegsgerichte, unter deren Augen die jetzt endlich offiziell eingestandenen und preisgegebenen Folterungen zu Niga vorliefen, kann natürlich niemand haben. Die Duma steht noch in den Anfängen ihrer schweren Aufgabe.

In Frankreich sind wieder Faktionen über das Wesen der kapitalistischen Republik erteilt worden. Der Ministerpräsident Clemenceau fand es mit seinem Radikalismus vereinbar, Soldaten als Streikbrecher gegen streikende Elektrizitätsarbeiter zu kommandieren — glücklicherweise wurde die Ausführung des Befehls infolge starker Beendigung des Streiks überflüssig —, und der ehemalige Sozialist Viviani willigt als Arbeitsminister ein, daß das Sonntagsruhegesetz nach dem Willen des Unternehmertums rückwärts revidiert werde.

In England haben bei den Londoner Kommunalwahlen (Grasschaftswahlen) die Parteien der privatkapitalistischen Ausbeutung der Gemeindebetriebe über die Vertreter der Kommunalisierung (die Progressisten) in ähnlicher Weise gestimmt, wie der nationale Block in Deutschland bei den Reichstagswahlen über die Sozialdemokratie. Das Kleinbürgertum ließ die Progressisten, die in ihrer Art tüchtig für kommunale Reformen sorgten, wegen einer kleinen Steigerung der Steuern im Stich und überließ darob kurzfristig den großen Schaden, der der Gemeinde durch die Auslieferung ihrer Betriebe an das Kapital zugefügt wird.

In Rumänien lodern die Flammen eines gewaltigen Bauernkriegs auf. Die rumänischen Bauern leben in demselben Elend wie die russischen. In ihrer Unwissenheit richtet sich ihre Wut hauptsächlich gegen die Juden, die selbst die Opfer einer noch schlimmeren Ausbeutung und Unterdrückung sind, als die Bauern sie erleiden. Wie so manche Bauernrevolte wird auch diese in Blut, Tränen und vermehrtem Elend enden.

In Transvaal hat die englische Regierung durch Gewährung einer freien Verfassung, die den ehemaligen Bureaugeneral Botha zum Premierminister machte, die Buren mit England versöhnt. Die kluge Handlung, die natürlich aus wohlwolligen wirtschaftlichen Interessen und nicht etwa aus einem nebelhaften speziell britischen Gerechtigkeitsgefühl, ist der Regierung eines — relativ — freien Landes möglich. Unmöglich wäre sie Preußen-Deutschland. Das zeigt der Kampf gegen die Polen, das zeigt der Umstand, daß der eingeborene Proletariat in Preußen weniger Staatsbürgerrecht genießt, als der eben unterworfenen Bure unter englischer Herrschaft.

H. B.

### Gewerkschaftliche Rundschau.

Die von uns kürzlich erwähnte Schlichtungskommission in der Textilindustrie scheint schon ihres Amtes gewaltet zu haben, und zwar in der von uns vorhergesagten Art und Weise. In dem Betrieb der Wollindustrie-Altiengeellschaft in München-Gradbach haben nach Ablauf der Kündigungszeit circa 200 Arbeiter die Arbeit niedergelegt. Daraufhin ist in den übrigen dortigen Textilfabriken eine gleichlautende Mitteilung angeschlagen worden, in der es heißt, daß die Forderungen der Arbeiter von einem Ausschuss geprüft worden seien, und daß sie der Berechtigung entbehren. Wie wir schon sagten, die berechtigten Streiks

hören nun in der Textilindustrie gänzlich auf. Es ist daraufhin in weiteren 80 Fabriken insgesamt etwa 10000 Arbeitern und Arbeiterinnen gekündigt worden. Wenn der Streikfall nicht noch gütlich beigelegt wird, gibt's in der deutschen Textilindustrie wieder einmal einen Niesenkampf. Dabei ist es bei den Textilindustriellen nicht etwa materielles oder technisches Unvermögen, sondern einfach sozialpolitischer Unverstand, der sich der Aufbesserung der elenden Textilarbeiterlöhne so hartnäckig entgegenstemmt. Das zeigen die durch den riesigen Aufschwung dieser Industrie allenthalben erzielten Reingewinne. So hat zum Beispiel die Leipziger Kammgarnspinnerei im Jahre 1906 ihren Reingewinn um 96000 Mk. und die Dividende von 10 auf 12 Prozent erhöht. Die Krefelder Baumwollspinnerei erhöhte ihren Reingewinn um 112000 Mk. und die Dividende von 7 1/2 auf 10 Prozent. Eine Firma in Mühlhausen erzielte bei 310 beschäftigten Arbeitern und Arbeiterinnen 370000 Mk. Reingewinn, sie verdiente also an einem Arbeiter während eines Jahres rund 1200 Mk. In den meisten Firmen sind übrigens 10 bis 12 Prozent Dividenden vorgesehen; eine Baumwollweberei in Bamberg verteilt 20 Prozent Dividende und eine Nähfabrik in Göppingen sogar 33 1/2 Prozent. Bei solchen Kapitalproften nimmt es sich mehr als eigentümlich aus, wenn die schlechtbezahlten Arbeiter und Arbeiterinnen wochen- und monatelange Kämpfe führen müssen, um einige wenige Pfennige Lohnerhöhung zu erringen.

In dem großen Ausstand der Berliner Holzarbeiter hat das dortige Gewerbegericht den Versuch gemacht, die Parteien zu einigen. Der Versuch scheiterte nicht zuletzt daran, daß der Vorsitzende des Unternehmerverbandes, Mahardt, eine sehr kampflustige Sprache führte und androhte, der Unternehmerverband werde, wenn die Einigung nicht zustande komme, andere Kampfmittel zur Anwendung bringen. Wie nunmehr verlautet, plant der Verband der Holzindustriellen eine Generalaussperrung über ganz Deutschland. Der Holzarbeiterverband trifft bereits Gegenmaßnahmen; es werden Extrabeiträge erhoben und alle in den Zahlstellen befindlichen Gelder flüssig gemacht. Unzweifelhaft haben die anständigen Holzarbeiter die Sympathie der gesamten Arbeiterschaft für sich, weshalb der von den Unternehmern geführte Schlag an der Einigkeit und dem Solidaritätsgefühl der gesamten Arbeiterschaft abprallen wird.

Im Schneidergewerbe hat sich die Tarifbewegung auf eine Anzahl größerer Städte erstreckt; in Berlin allein sollen an 5000 Berufsangehörige ausgesperrt sein. Die Unternehmer wollten den Abschluß eines Tarifs in den Hochsommer verlegen, ein Plan, der für die Gehilfen doch zu durchsichtig war.

Auch im Schuhmachergewerbe sind wieder einige größere Aussperrungen im Anzug. So in Pirmasens, wo bereits 1906 eine große Schuharbeiteraussperrung stattgefunden hat. Die Arbeiter sollen wieder einmal „unannehmbare“ Forderungen gestellt haben. Außerdem wird es in München, Nürnberg, Stuttgart, Duisburg, Dortmund usw. zu Lohnbewegungen kommen. Den im Schuhgewerbe Beschäftigten geht's bekanntlich wie den Textilarbeitern: über zu hohe Löhne, namentlich in Anbetracht der Lebensmittelerhöhung, können beide nicht klagen.

Aus vielen anderen Industrien, so aus der Eisenindustrie, aus der chemischen Industrie, vom Baugewerbe, vom Berliner Bäckergewerbe, aus dem Maler- und dem Transportgewerbe usw. sind kleinere oder größere Tarif- und Lohnbewegungen zu melden.

Für das erste halbe Jahr 1907 haben bereits 20 Gewerkschaftsverbände ihre Generalversammlungen angefaßt, davon sind zwei, die der Steinseher und der Bäcker, bereits abgehalten. Außer den sehr erfreulichen und befriedigenden Kassen- und Geschäftsberichten interessiert die stetige Zunahme der Tarifverträge und die Anerkennung derselben auch durch die Behörden. So konnte auf dem Verbandstag der Steinseher berichtet werden, daß an 168 Orten Tarifverträge bestehen, die für 8000 bis 10000 Berufsangehörige Geltung haben. Der Magistrat in Königsberg und eine Reihe sächsischer Gemeinden vergeben ihre Steinseharbeiten nur noch an tariftreue Firmen. Für etwa 14500 Personen konnten innerhalb der letzten drei Jahre Stundenlohnerhöhungen von 6 bis 8 Pf. durchgesetzt werden. Die Generalversammlung der Bäcker befaßte sich unter anderem auch mit dem Tarifvertrag der Konsumvereine. Beschlossen wurde, Krankenunterstützung nicht erst wie bisher nach dreijähriger, sondern schon nach einjähriger Mitgliedschaft zu zahlen; den weiblichen Mitgliedern soll auch im Falle einer Niederkunft der Krankenzuschuß gezahlt werden.

Der Transportarbeiterverband hat ein neues Organ: „Der Straßenbahner“ herausgegeben. Hoffentlich wird dadurch der Indifferentismus in dieser Arbeiterkategorie beseitigt und bei den unter einer ungeregelten und überlangen Arbeitszeit Leidenden größeres Interesse für die gewerkschaftliche Organisation und damit für eine Hebung ihrer gedrückten Lage geweckt.

### Genossenschaftliche Rundschau.

In der vorigen Rundschau wiesen wir bereits darauf hin, daß die Mittelstandskreiter im trauten Verein mit dem Reichslügenverband während der Reichstagswahltagation in der niederträchtigsten Weise gegen die Konsumvereine gehetzt und Verdächtigungen ausgestreut haben. Ein Beispiel dieser Lügen- und Verleumdungsarbeit, die als Mittel zur Bekämpfung der Sozialdemokratie diente, soll nachträglich noch besonders erwähnt sein. In Magdeburg wurde vor der Wahl eine Broschüre verbreitet, in der behauptet war, daß in der Bäckerei des Konsumvereins Magdeburg-

Neustadt, einer der größten Deutschlands, große Schweinereien und andere schlimme Dinge vorgekommen seien. Jetzt stellt sich heraus, daß der Urheber des Nachwerks ein vom Konsumverein wegen Unsauberkeit entlassener Bäckergehilfe ist, den die Wut über seine Entlassung zu diesem Vorgehen bestimmt hat. Der Mensch bekam für die wenige Seiten starke Broschüre, die nur Lügen, Übertreibungen und unkontrollierbare Behauptungen enthält, von der Magdeburger Bäckerinnung 600 Mk. Dieser Judaslohn hat den Menschen natürlich gelockt, und jetzt wird er als Wanderredner gegen die Konsumvereine benützt. Er hatte die Dreistigkeit, der Bäckerei des Konsumvereins in dem Pamphlet dieselben Schweinereien zum Vorwurf zu machen, die er sich selbst hatte zuschulden kommen lassen, und die zu seiner Entlassung geführt hatten! Ein netter Bruder! Die „Deutsche Tageszeitung“ aber, und mit ihr wohl auch andere bürgerliche Blätter, druckte die Subelei mit großem Behagen ab, um der Sozialdemokratie eins auszuwischen. Jener Lügenfrißer wird Gelegenheit erhalten, seine Behauptungen vor Gericht zu beweisen. In der Bäckerei des Konsumvereins werden ca. 100 Bäcker beschäftigt, und ihre Einrichtungen sollen in jeder Hinsicht musterhaft sein.

Die skrupellose Wahnrede gegen die Konsumvereine hat für diese recht erfreuliche Folgen gehabt. Aus allen Gegenden des Reiches wird gemeldet, daß nach den Reichstagswahlen die Konsumvereine außergewöhnlichen Zuwachs an Mitgliedern verzeichnen können. So hätte auch hier wieder einmal der böse Wille Gutes geschaffen. Auch in öffentlichen Arbeiterversammlungen wird eine lebhaft propagandistische Förderung der Konsumvereine entfaltet. Den Arbeiterinnen und Hausfrauen ist recht dringend zu empfehlen, diese Bewegung nach Kräften fördern zu helfen!

Die Verleumder der Konsumvereine weisen wir auf ein aus der Praxis gewonnenes Urteil über die Konsumvereine hin, das aus bürgerlichen Kreisen stammt. Der Jahresbericht des Verbandes der landwirtschaftlichen Genossenschaften in Sachsen, die durchweg agrarisch beeinflusst sind, sagt unter anderem: „Diese Vereine (Konsumvereine) beziehen bereits für 60 Millionen Mark landwirtschaftliche Produkte, sie sind bekanntlich als sozialdemokratische Pflanzstätten verhasst, aber in geschäftlicher Hinsicht geradezu musterhaft geleitet, so daß unsere landwirtschaftlichen Genossenschaften gewiß noch manches von ihnen lernen könnten.“

Zwischen dem Zentralverband deutscher Konsumvereine und den Gewerkschaften der Lagerhalter und Handlungsgehilfen schweben Unterhandlungen über die Schaffung eines Lohnzins nach dem Muster anderer Berufe. Im Dezember fand eine gemeinschaftliche Sitzung von Vertretern dieser Korporationen statt, in der aber eine Einigung über die von den genannten Gewerkschaften gemachten Vorschläge nicht zu erzielen war. Der nächste Genossenschaftstag wird sich mit der Angelegenheit zu beschäftigen haben.

Die in früherer Zeit in Konsumvereinen eingeriffene Dividendenmishandlung, die kein anderes Streben kennt, als hohe Rückvergütung an die Mitglieder zu zahlen, ist schwer auszurotten. In dem Streben nach Besserung gibt es meistens schwere Krifen, die außerordentliche Umsicht und Tatkraft zur Überwindung erfordern. Aus Plauen i. V. wird zum Beispiel berichtet: Der Konsumverein zu Plauen hat im letzten Geschäftsjahr einen sehr beträchtlichen Rückschlag erlitten. Die Zahl der Mitglieder sank von 7065 auf 6890, der Umsatz von 1748948 Mk. auf 1551806 Mk., der durchschnittliche Mitgliedsbezug von 247,55 Mk. auf 227,20 Mk. Diese bedauerliche und unfällige Erscheinung wird in dem Bericht auf die Lebensmittelerhöhung und auf die Herabsetzung der Dividende zurückgeführt. Es werden dabei aber noch heute 14% Prozent Rückvergütung bezahlt! Der eigentliche Grund liegt wohl in dem Umstand, daß die Arbeiterbevölkerung durch die hohen Rückvergütungssätze verhöhnt ist und andererseits bei den heutigen Lebensmittelpreisen möglichst billige Waren sucht. Durch intensive genossenschaftliche Aufklärung müßte viel mehr, als es geschieht, die Wurzel dieses schlimmen Übels beseitigt werden. Wie in Plauen, so geht es auch an vielen anderen Orten.

In Hamburg wird von der Großeinkaufsgesellschaft deutscher Konsumvereine ein Genossenschaftshaus errichtet, in dem sämtliche Geschäftsräume der Gesellschaft und des Zentralverbandes untergebracht werden sollen. Auch eine Druckerei wird eingerichtet. Bis zum September 1907 hofft man den Neubau beziehen zu können.

Aber genossenschaftliche Milchversorgung wird vom Konsumverein in Augsburg berichtet: Der Allgemeine Konsumverein Augsburg hat den ersten Monat, seitdem er die Milchlieferung für die Mitglieder in eigene Regie übernommen, hinter sich. Im Anfang waren große Schwierigkeiten zu überwinden. Die spöttischen Reden der Milchhändler am Bahnhof haben manchmal unseren Austrägern den Mut genommen, aber trotz alledem ist den Schwierigkeiten mutig entgegengetreten worden, und unsere Konkurrenz hat nachgelassen, uns zu verhöhnen, weil man die Wirkung der genossenschaftlichen Organisation verspürte und sah, daß mit Säulenan nichts erreicht wird. Es haben Milchhändler unsere Milchlieferung geöffnet und einen Säureerreger hinein getan. (1) Kürzlich ist das erste Milchgeld an die Lieferanten bezahlt worden, und man hörte allgemeines Lob über unsere Einrichtung. Das Eis ist gebrochen; wir haben bei den Landwirten Eingang gefunden und können unsere Milchversorgung mit aller Sorgfalt weiter ausbauen.

Die englische Großeinkaufsgesellschaft hatte im Jahre 1906 einen Umsatz von 450 Millionen Mark, was einer Steigerung gegenüber dem Vorjahr um 8,2 Prozent entspricht. — Im Jahre 1906 bestanden in England 124

Produktiv- und Konsumgenossenschaften, die das Prinzip der Gewinnbeteiligung der Arbeiter angenommen hatten. Diese Genossenschaften verfügten über ein Kapital von 40 Millionen Mark; sie hatten einen Umsatz von 74 Millionen und einen Überschuß von 3,7 Millionen, von denen 0,4 Millionen als prozentualer Zuschlag auf die tarifmäßigen Löhne zur Verteilung kamen.

Die Ganyga, Zentrale der Konsumgenossenschaften für Ungarn, hatte im Jahre 1906 einen Umsatz von 9600000 Kronen, 2 Millionen Kronen mehr als im Jahre 1905. Der Verkehr vergrößerte sich beinahe um 30 Prozent. Der Zentrale haben sich 676 Konsumgenossenschaften angeschlossen.

Der diesjährige Genossenschaftstag wird vom 17. bis 19. Juni in Düsseldorf abgehalten werden. Ihm schließt sich wie gewöhnlich die Generalversammlung der Großeinkaufsgesellschaft an. Die Unterverbandsstage werden sich auf die Monate April, Mai und Juni verteilen. — Die Unterstützungskasse des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine zählte Ende Dezember 87 Vereine mit 2067 versicherten Angestellten. — Das gegen den Vorstand des Neustadt-Magdeburger Konsumvereins auf Grund einer Denunziation hin wegen Übertretung des Genossenschaftsgesetzes (Bilanzverschleierung) eingeleitete Verfahren wurde wegen gänzlichen Mangels an Anhaltgründen abgelehnt. — Eine Erholungsstätte für Genossenschaftsbeamte beabsichtigt der Reichsverband der deutschen landwirtschaftlichen Genossenschaften zu begründen. Und zwar soll zu diesem Zwecke das im Odenwald gelegene Schloß Lichtenberg gemietet werden. Die Verhandlungen mit der hessischen Regierung sind dem Abschluß nahe. Es handelt sich um viele Hunderte von Beamten der genossenschaftlichen Verbände aus ganz Deutschland, die in Lichtenberg dann ihren Erholungsurlaub verbringen können. Kranke und Konvaleszenten werden dort keinen Aufenthalt nehmen; für sie ist anderweitig gesorgt.

H. Fl.

## Notizenteil.

### Dienstbotenfrage.

Die Hamburger Dienstbotenbewegung. Einen ungeahnten Erfolg haben die Hamburger Genossinnen bei ihrer Agitation unter den Dienstmädchen gehabt, und werden ihn, dessen sind wir sicher, auch in Zukunft haben. Nahezu 1000 Mitglieder zählt zurzeit der Verein. Was Wunder, daß wir die Bestgehabten bei den bürgerlichen Damen und ein willkommenes Angriffsobjekt für die bürgerliche Presse sind. Durch spaltenlange Annoncen suchen die Stellendmittler die Mädchen in ihre Bureau zu locken. Die Damen haben eine Gegenorganisation gegründet und suchen die Mädchen zu ködern, indem sie Prämien Versprechen für — fünfjährige Dienstzeit! — Die Dienstmädchen, um die sich sonst niemand kümmerte, sind plötzlich in den Mittelpunkt des öffentlichen Interesses gerückt. Die gefeierte Schönheit kann nicht mehr unvorwunden werden als gegenwärtig unsere Dienstmädchen. Doch all dies Liebeswerben läßt das Groß unserer Mädchen nicht nur kalt, es macht sie vielmehr stutzig und treibt die, die bisher noch zögerten, in unsere Reihen. Just die Intelligensten fragen sich verwundert, weshalb gerade jetzt, wo sie sich eine Vereinigung geschaffen haben, alle Welt entdeckt, daß man sich „der Mädchen annehmen“ müsse. Weshalb nicht früher, als die Mädchen noch einzeln daflanden und daher schutzlos allen Unannehmlichkeiten ausgesetzt waren?

Die bürgerlichen Damen haben zudem entschieden Rech gehabt mit ihrer Kollegin, die den Gegenverein gewissermaßen aus der Taufe heben mußte. Diese Dame ist nämlich niemand anders als Frau Julie Eichholz; dieselbe Dame, die sich zuerst bei uns anzubiedern suchte; deren „Tätigkeit“ dann darin bestand, daß sie einen Artikel, den die Unterzeichnete in der „Gleichheit“ veröffentlicht hatte, unter ihrem Namen in der „Frauen-Rundschau“ brachte. Diese Dame, die sich also des literarischen Diebstahls schuldig gemacht hat, ist es, die den Gegenverein ins Leben rufen half, und die auch heute noch dort die erste Rolle spielt, obgleich wir in unserem örtlichen Parteiblatt öffentlich dieses Vorkommnis mitgeteilt und den Damen, die mit im Verein sind, zu solcher „Führerin“ gratuliert haben.

Frau J. Eichholz hat in der letzten Mitgliederversammlung des Gegenvereins der Mädchen befürwortet, daß Zeugniszwang für die Mitglieder eingeführt werden soll. (In einem besonderen Artikel werden wir baldigst zu dieser Frage Stellung nehmen.) Mit solchen Vorschlägen, wie die Einführung des Zeugniszwangs, mögen die Damen nur kommen, da werden sie schon sorgen, daß immer mehr Mädchen ihrem Verein den Rücken kehren und uns zuströmen. Wir freuen uns, daß die Hamburger Genossinnen diese Vorschrift, daß jedes Mädchen einen „Steckbrief“ mit herum-schleppen muß, nicht enthält, und die Damen führen sie ein! Die Sklavenfesseln der Genossinnen genügen ihnen noch nicht, sie müssen neue dazu schmieden.

Um so mehr ist es mit Freuden zu begrüßen, daß es uns möglich war, schon am 18. Februar im Gewerkschaftshaus einen eigenen kostenlosen Stellennachweis zu errichten. Mit Hilfe dieses Nachweises können wir für unsere Mitglieder auf Grund schriftlicher Vereinbarungen heute schon manche Verbesserungen durchsetzen. Der Vorstand des Vereins wird sich in diesen Tagen mit der Anpassung des Berliner Vertrags an die Hamburger Verhältnisse beschäftigen. Die nächste Mitgliederversammlung wird die Vorschläge zu prüfen und Beschluß zu fassen haben. Wir zweifeln nicht, daß dieser Beschluß in zustimmendem Sinne, wenigstens soweit die Grundgedanken in Frage kommen, ausfallen wird. Rein mechanisch, auf Grund des

selbsttätig wirkenden Gesetzes von „Angebot und Nachfrage“ hat sich bei der herrschenden Dienstbotennot schon manche Verbesserung durchgesetzt. Wie viel mehr ist hier zu erreichen, wenn planmäßig arbeitend die Selbsthilfe, die Macht der Organisation eingreift. Dabei werden wir natürlich Sorge tragen, daß über die Erringung von Gegenwartsforderungen nimmer das Ziel, das vorläufige Ziel der Dienstbotenbewegung, außer acht gelassen wird: die Beseitigung der Gesindeordnung und die Unterstellung der Mädchen unter die Gewerbeordnung, die Umwandlung der Dienenden in eine gewerbliche Arbeiterin. Wir werden auch nimmer vergessen, die Mädchen zu Kämpferinnen für dieses Ziel zu erziehen, sie zu diesem Zwecke mit Selbstbewußtsein, mit dem Gedanken der Klassenzugehörigkeit zur Arbeiterschaft, mit Klassen-solidarität zu erfüllen. Nur so wird die junge Organisation sich gleichwertig neben die bestehenden Organisationen der modernen Arbeiterbewegung stellen können. Nur so wird sie imstande sein, die selbstgesteckten Aufgaben zu erfüllen. Nur so wird sie die Unterstützung der gesamten Arbeiterschaft sich sichern.

Luise Zieh.

Der Verein der Dienstmädchen, Wasch- und Schenkerfrauen von Hamburg und Umgegend hielt am 6. März eine Mitgliederversammlung ab. Genossin Zieh machte bekannt, daß der Verein an das Kartell angeschlossen werden soll. Es wurden drei Delegierte und drei Stellvertreterinnen hierzu gewählt. Der von Genossen Stadthagen entworfene Arbeitsvertrag wurde vorgelesen und mit einigen, den Verhältnissen Hamburgs entsprechenden Veränderungen angenommen. Den Mitgliedern wurde besonders ans Herz gelegt, für unseren Verein ununterbrochen und mit Energie zu agitieren und bei Stellenwechsel nur unseren kostenlosen Arbeitsnachweis im Gewerkschaftshaus, Besenbinderhof 56 und 57, Zimmer 2b in Anspruch zu nehmen. Es werden Plakate in die umliegenden Provinzen versandt werden, welche die Mädchen in den Kleinstädten und auf dem platten Lande, die einen Dienst in Hamburg annehmen wollen, auf unseren Stellennachweis hinweisen sollen. Die Vorsitzende, Genossin Köhler, teilte mit, daß am 11. April abends 7½ Uhr im Gewerkschaftshaus eine Mitgliederversammlung stattfinden wird. Dreißig Mitglieder wurden neu aufgenommen. Neuanmeldungen werden im Gewerkschaftshaus, Besenbinderhof 56 und 57, Zimmer 2b, und zwar morgens von 8 bis 2 Uhr und nachmittags von 5 bis 7 Uhr und bei den schon in Nr. 1 veröffentlichten Adressen entgegengenommen.

Verta Mangelz.

Die Gründung eines Dienstbotenvereins zu Jena wurde in einer Dienstbotenversammlung vorgenommen, die am 10. Februar im Gasthof zum Löwen stattfand, bedauerlicherweise aber nur leidlich besucht war. Genossin Grünberg hielt das Referat. Mit treffenden Worten kennzeichnete sie die Lage der Dienstboten und forderte die Mädchen auf, sich zu organisieren. 18 erklärten ihren Beitritt zum Verein. Als dessen Vorsitzende wurde Genossin Burkhart, als ihre Stellvertreterin Genossin Schubarth gewählt. — Drei Wochen später tagte eine zweite Versammlung im Schulens Restaurant. Der Besitzer hatte den Saal frei zur Verfügung gestellt. Auch diesmal war die Beteiligung trotz der eifrigen Agitation der Genossinnen nur mäßig. Genossin Burkhart referierte über die Rechte und Pflichten der weiblichen Hausangestellten. An der Hand ansehnlichen Materials deckte sie die Mißstände auf, die die Gesindeordnung hervorruft, und empfahl den Mädchen den Anschluß an den Verein. Dann erfolgte die Erledigung der noch auf der Tagesordnung stehenden Punkte. Der vom Genossen Stadthagen ausgearbeitete Vertrag wurde bekannt gegeben und mit großem Jubel angenommen. Es ward beschlossen, den Mitgliedern die „Gleichheit“ nicht ins Haus zu bringen, da ihnen dadurch meist Unannehmlichkeiten entstehen. Sie soll vom 1. April ab von den Mädchen bei Frau Rosemann, Karl-Zeiß-Straße 8, abgeholt werden. Acht neue Mitglieder meldeten sich. Bis Mitternacht noch blieben die Mädchen bei Unterhaltung und Tanz — Herr Kurich stellte die Musik dazu unentgeltlich — fröhlich beisammen. Alle äußerten den Wunsch, so einen gemächlichen Abend bald wieder zu erleben. Lydia Burkhart.

In einer Versammlung des Verbandes der Hausangestellten für München und Umgegend, die zu Beginn des vorigen Monats tagte, referierte Genossin Grünberg über: „Die vielen Pflichten und die wenigen Rechte der Dienstboten“. Sie führte aus, daß die Pflichten der Dienstboten gegen die Herrschaften in acht Paragraphen der Gesindeordnung behandelt würden, die Pflichten der Herrschaften gegen die Dienenden dagegen nur in vier. Dabei erfahren die acht Paragraphen in der Regel durch eine raffinierte Auslegung noch eine Ausdehnung. 13 Paragraphen behandeln die Gründe, die die Herrschaften zur Entlassung der Dienstboten berechtigen, sechs aber nur die, welche den Dienstboten das Recht zum Austritt aus der Stelle geben. Genossin Grünberg verlas die einzelnen Paragraphen, kritisierte sie und begründete darauf einzelne der Forderungen, welche die Mannheimer Frauenkonferenz für die Dienenden aufgestellt hat. Die christlichen Dienstbotenorganisationen bezeichnete sie als Zerplitterungsversuche, die aber an dem gefundenen Sinne der Dienstboten scheitern würden. Den Vortrag schloß die Mahnung an die Dienstboten, dem Verband der Hausangestellten beizutreten und für seinen Ausbau unablässig zu wirken, damit er eine Macht werde, mit der die Herrschaften zu rechnen hätten. Der Vorsitzende ersuchte, die von der Organisation ausgegebenen Fragebogen zur Ermittlung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Hausangestellten bald auszufüllen und an die Verbandsleitung einzusenden. Er verlas einige schon beantwortete Fragebogen die haarsträubende Zustände ans Licht brachten. Vor

allem wurde über lange Arbeitszeit, Mangel an Freiheit und lieblose und geringschätzige Behandlung durch die Herrschaften und deren Kinder bittere Klage geführt. Die Versammlung nahm die Resolution der Mannheimer Frauenkonferenz zur Dienstbotenbewegung einstimmig an. — Der unentgeltliche Stellennachweis befindet sich jetzt Löwenstraße 17 II. Im Sambrinus, Sendlingerstraße, findet an jedem Sonntag eine gefellige Zusammenkunft für die Dienstmädchen statt.

#### Die christliche Dienstbotenorganisation in München.

„Wir christlichen Gewerkschaften stehen auf neutralem Boden, wir sind bestrebt, eine „gute Harmonie“ zwischen Dienenden und Herrschaften herzustellen.“ Mit dieser Devise wurde die christliche Dienstbotenorganisation ins Leben gerufen, und hoch und teuer versicherte der christliche Arbeitersekretär in der Gründungsversammlung, diesem Grundsatz treu zu bleiben. Die „Harmonie“ zwischen Dienenden und Herrschaften wurde von der Organisation bis jetzt auch nirgends gestört, und so kam es, daß sich sogar Herrschaften als Mitglieder aufnehmen ließen, um dadurch ihr christliches Herz für die Dienenden zu öffnen. Daß aber in einem Verein, der mit den Herrschaften sozusagen unter einer Decke steckt, die Dienenden den kürzeren ziehen, ist klar. Bei den Herrschaften „lieb Kind“ sein und zugleich die Lage der Dienenden ernstlich verbessern wollen, ist ein Unding. — Selbstverständlich hätten wir den christlichen Zentralverband der Herrschaftsbediensteten unbehelligt wursteln lassen, wenn nicht in einer Versammlung, die er Anfang Februar abhielt, ein gegen unsere Partei und die Gewerkschaften gerichteter Schimpfartikel aus den „Münchener Neuesten Nachrichten“ verlesen und durch eine ganz falsche Darstellung des Kohlenarbeiterstreiks die Neutralität verletzt worden wäre. Durch ihr einseitiges Vorgehen über Partei und Gewerkschaften haben die „Christlichen“ den Beweis erbracht, daß ihre Organisation nur ins Leben gerufen worden ist, um uns zu bekämpfen. Das ist für uns ein neuer Ansporn zu reger Agitation, um die ausgebeuteten rechtlosen Dienstboten dem Verband der Hausangestellten zuzuführen, der Organisation, die die Interessen aller Hausangestellten energisch vertritt, unbekümmert darum, ob sie sich bei den Herrschaften beliebt macht oder nicht. Die Münchener organisierte Arbeiterchaft wird gebeten, uns in diesem Bestreben kräftig zu unterstützen, unter den Dienenden Propaganda zu machen und die Dienstmädchen, Waschfrauen, Zugeherinnen, Püherinnen, Herrschaftsdienere usw. über unsere Ziele aufzuklären. J. G.

#### Frauenstimmrecht.

Einen Vorstoß gegen die Befürwortung des Frauenwahlrechtes unternimmt ein Fräulein Elsa Krüger-Weimer in der vorletzten Nummer des Zentralblatts des Bundes deutscher Frauenvereine. Sie behauptet, die „Elemente der Frauenbewegung, die zum Frauenstimmrecht schwören“, ständen im Gegensatz zu dem neuen nationalen Aufschwung; denn die Einführung des Frauenstimmrechtes in Deutschland „unter unseren heutigen Wahlrechtsbestimmungen“ bedeute soviel wie Auslieferung des Parlamentes an Zentrum und Sozialdemokratie. Es seien die großen Massen, die den Ausschlag geben, nicht die kleine Schar der „Gebildeten, Einsichtigen und bewußt Handelnden“. Das uneingeschränkte Männerstimmrecht sei ohnehin eine Gefahr; man möchte die Massen junger, unerfahrener Leute, die nichts sind und nichts zu verlieren haben, wenn die Politik Schiffbruch leidet, ausschließen können; nun solle man sich aber doch hüten, die Massen der zur Wahl noch Unreifen zu vergrößern. Die bürgerlichen Frauen hätten deshalb die Pflicht, ihre Gleichheitsbestrebungen dem Vaterland zum Opfer zu bringen.

Dieses Bekenntnis einer schönen Seele ist um so interessanter, weil es offen ausspricht, was eine große Anzahl der bürgerlichen Frauen zwar denken, aber — klüger und weniger aufrichtig — vorsichtig verschweigen. Als echte Kinder ihrer Klasse erstehen sie die politischen Rechte nur für sich, nur für die „Damen“, und möchten diese Rechte um alle Welt nicht mit den Proletarierfrauen teilen. Aber heuchlerisch, wie die Bourgeoise von jeher gewesen ist, verbergen sie diese ihre innersten Ansichten, um sich nach wie vor als die berufenen Vertreter der Interessen des gesamten weiblichen Geschlechtes aufspielen zu können. Wir waren deshalb ziemlich neugierig, wie die Vorsitzende des Bundes deutscher Frauenvereine, Frau Stritt, die in einer Fußnote eine Entgegnung auf den Artikel angekündigt hatte, sich aus der Affäre ziehen würde. Und unsere Erwartung hat uns nicht getäuscht. Frau Stritt hat, schauspielerisch gekühlt wie sie ist, in der letzten Nummer des Zentralblatts einen wunderbaren Gieranz aufgeführt. Indem sie behauptet, es würde Bände füllen, die Ausführungen von Fräulein Krüger von Grund aus zu widerlegen, gibt sie sich das Recht, nur auf Nebenächlichkeiten einzugehen und drei Spalten lang lustig an der Oberfläche herumzuplätzern. Sie beginnt damit, der Artikelschreiberin einen Mangel an Sachkenntnis vorzuwerfen, und als Begründung dieses Vorwurfes führt sie unter anderem an, Fräulein Krüger habe ja — den Verband für Frauenstimmrecht als Verein für Frauenstimmrecht bezeichnet! Dann korrigiert sie ein Weilchen an den aus den Flugblättern des nationalen Blocks entlehnten Schlagwörtern herum, deren sich die Verfasserin bedient habe. Als sie sich endlich genötigt sieht, dem heißen Brei etwas näher zu rücken, vollführt Frau Stritt ein bewunderungswürdiges Jongleurkunststückchen: sie behauptet nämlich, Fräulein Krüger wolle das Frauenwahlrecht jetzt noch nicht befürwortet wissen, „weil die Frauen dafür im allgemeinen noch nicht reif seien“. Das hat nun aber die arme Seele wirklich nicht gesagt, sie hat gar nicht den Frauen

im allgemeinen, sondern ganz speziell „der weiblichen Industriebevölkerung, den unbemittelten Bewohnerinnen großer Städte“ sowie den vom Alerus gegängelten katholischen Frauen die politische Reife abgesprochen. Tut nichts: durch das Verwandlungskunststück ist Frau Stritt der Notwendigkeit enthoben, etwa zu erklären, daß unter der „weiblichen Industriebevölkerung“ viel mehr politische Reife zu finden ist als unter den wohlbehüteten Haustöchtern der oberen Zehntausend — was den Lesern des Zentralblatts sehr unangenehm in die Ohren geklungen hätte; dafür ist sie in die angenehme Möglichkeit versetzt, das „liebe alte Argument“, daß die Frauen im allgemeinen weniger reif seien als die Männer, mit ebenso „lieben alten“ Gegengründen zu widerlegen. Doch nun kommt das Heikelste, die Behauptung nämlich: die Einführung des Frauenstimmrechtes bedeute zurzeit die Auslieferung an Zentrum und Sozialdemokratie. Was ist da zu machen? Etwa rundweg erklären, daß man sich bei Prinzipienfragen nicht von taktischen Erwägungen leiten lassen darf? — wie es die Sozialdemokratie tut, die auch sehr wohl weiß, daß sie mit ihrer Forderung des Frauenstimmrechtes in manchen Gegenden zunächst nur Wasser auf die Mühlen des Zentrums treiben würde. O nein, so — unvorsichtig ist Frau Stritt nicht. Zunächst beruhigt sie die ängstlichen Gemüter: wir können ruhig das allgemeine Frauenstimmrecht schon jetzt propagieren, es hat mit seiner Einführung noch gute Wege. Leider verrät uns Frau Stritt die Fortsetzung dieses Gedankenganges nicht. Lautet sie nun: „ehe es so weit kommt, ist die Sozialdemokratie überwunden“, oder „bis dahin ist das Wahlrecht geändert“? Wir wissen es nicht; das aber wissen wir: die erste Hoffnung wird zerschanden werden, und auch die zweite dürfte sich als trügerisch erweisen. — Aber auch heute, meint Frau Stritt weiter, ist die sozialdemokratische Gefahr nicht so groß. Wer da weiß, wie wenig sympathisch im allgemeinen selbst die Frauen von Sozialdemokraten der Partei gegenüberstehen“, der wird „angesichts des Resultats der letzten Wahlen“ die Behauptung, daß die gesamte weibliche Industriebevölkerung sozialdemokratisch wählen würde, als eine „maßlose Übertreibung“ bezeichnen müssen. Es wäre für uns interessant, zu erfahren, bei was für Frauen von was für Sozialdemokraten Frau Stritt ihre reichen Erfahrungen gesammelt hat. Doch wie dem auch sei: wir werden aus allen Kräften daran arbeiten, daß Fräulein Krügers „maßlose Übertreibung“ bald zu einer sicheren Tatsache werde. — Doch noch ein letzter Trost ist Frau Stritt geblieben. Sie führt aus: Die Ansicht, daß Zentrum und Sozialdemokratie die Scharen der Frauen „weit einheitlicher heranziehen würden“ als die Konservativen und Liberalen, sei nach den letzten Erfahrungen ganz unbegründet. „In einer mitteldeutschen Großstadt (gemeint ist Dresden) wurden von den Schleppern für den nationalen Block Znsassen der Krankenhäuser in Fahrstühlen und Sänften herbeigetragen, die Schüler der oberen Klassen zum Flugblatt-austragen gepreßt, wobei ein Prima-Ordinarius etwaiger Widersehtlichkeit durch die Erklärung vorbeugte: „Ich kann Sie nicht dazu zwingen, aber wer sich weigert, ist in meinen Augen ein Lump!“ u. a. m. Nach solchen Proben kann man wohl mit Sicherheit erwarten, daß auch Konservative und Liberale ihre Scharen „Frau für Frau“ heranzuziehen wissen würden, wenn sie es erst mit Wählern zu tun haben.“ Wir glaubten diese Schilderung nationaler Wahlmache aus kundiger Feder unseren Leserinnen nicht vorenthalten zu dürfen. Jedenfalls ist es mehr als eigenartig, angesichts der „Gefahr“, daß das Frauenstimmrecht vornehmlich der Sozialdemokratie und dem Zentrum zugute kommen könnte, auf derartige Hilfsmittel hinzuweisen. Frau Stritt scheint denn doch die politische Reife der Frauen, die sie anfangs so warm verteidigt, nicht gerade hoch einzuschätzen. — Zum Schluss kommt wieder die bekannte ideologische Deduktion, die wir schon so oft widerlegt haben, nämlich daß die Frauenbewegung über den Parteien thronen. Die Frauen werden sich, wenn sie die politischen Rechte errungen haben, nicht von Parteifragen (das sind in letzter Linie wirtschaftliche Interessenfragen), sondern vorwiegend von den Fragen der Kultur, der Gerechtigkeit und der Sittlichkeit leiten lassen. Das klingt ja sehr schön, aber nichtsdestoweniger bleibt doch die Tatsache bestehen, daß, solange der Klassenstaat, die Klassengesellschaft existieren, auch die Frauen zunächst als Angehörige ihrer Klassen denken und fühlen werden, und daß ihnen so lange auch ihr Klasseninteresse diktiert wird, was ihnen „gerecht“ und was ihnen „sittlich“ erscheint. k. d.

Für das Frauenstimmrecht im Staate New York wird gegenwärtig eine rege Agitation entfaltet. In einem Antrag, der dem Parlament vorliegt, wird verlangt, daß in der Staatsverfassung das Wort „männlich“ bei der Qualifikation der Wähler gestrichen werden soll. Da es sich aber um eine Verfassungsänderung handelt, genügt eine Annahme des Antrages durch das Parlament noch nicht; bei Verfassungsänderungen muß das Parlament durch Veranstaltung einer Volksabstimmung erst noch die Meinung der Bürgerschaft befragen. Es ist deshalb nötig, daß die öffentliche Meinung zugunsten des Frauenstimmrechtes beeinflusst wird. In manchen anderen Staaten der Union haben die Frauen schlechte Erfahrungen bei Volksabstimmungen gemacht, wenn sie auch in den Parlamenten den Sieg schon errungen hatten. Nur in den vier Staaten Colorado, Utah, Iowa und Wyoming haben die Frauen bisher völlig dieselben politischen Rechte wie die Männer. In Kansas besitzen sie das Gemeinwahlrecht, in vielen anderen Staaten das Wahlrecht zu den Schulbehörden.

#### Gewerkschaftliche Arbeiterinnenorganisation.

Gewerkschaftler, kärt die Frauen auf! Nicht allein die Männer müssen über den Wert der gewerkschaftlichen

Organisation aufgeklärt werden, sondern auch die Frauen. Vor allen Dingen soll man nicht unterlassen, die Frauen über die grundsätzlichen Verschiedenheiten der „christlichen“, „Hirsch-Dunderschen“ und „freien Gewerkschaften“ zu unterrichten. Es hat sich allemal gezeigt, daß Lohnkämpfe viel leichter zu führen sind und vor allen Dingen viel leichter gewonnen werden, wenn die Frauen mit den Männern durchweg eins sind. Unaufgeklärte Frauen beginnen gewöhnlich in der Zeit der Lohnkämpfe mit Hader und verlangen von ihrem Manne die Aufnahme der Arbeit mit dem Hinweis auf die Familie. Der Mann, zunächst von der Notwendigkeit und Nützlichkeit seines Kampfes überzeugt, widerspricht dem. Es entsteht Zwietracht in der Familie; der Mann wird häufig zum Streikbrecher, oder er wird Trinker, wenn er es nicht vermag, auch seine Frau von der Notwendigkeit des Lohnkampfes zu überzeugen. An einen Streikbrecher reiht sich der andere, und die Unternehmer gewinnen langsam Schutztruppen, die, wenn auch nur gering an Zahl, den Streik in die Länge ziehen oder gar erfolglos machen können. — Sehr lehrreich sollte das folgende Beispiel sein: Im Sommer des vergangenen Jahres streikten in Königsberg i. Pr. die Speicherleute und Getreideträger. Die Lohnbewegung ging leider nach längerem Kampfe für die Arbeiter verloren. Ein gut Teil der Schuld daran trugen sie selbst. Es wurden nämlich Arbeiterinnen im Gewerbe beschäftigt, um deren Organisation sie sich bislang nicht gekümmert hatten. Die Hülsenfrüchte glühten und mußten ständig umgeschaukelt werden, sollten sie nicht verderben. Zu dieser Arbeit wurden Frauen verwandt. Als der Streik begann, erklärten sich diese Frauen mit den Männern nicht solidarisch, sondern arbeiteten weiter. Hätten auch sie die Arbeit eingestellt, dann wären die Kaufleute gezwungen gewesen, die Forderungen der Speicherleute zu bewilligen. Wir waren äußerst erstaunt, als wir während des Streiks von dieser Sachlage erfuhrten, und erhielten auf unsere Frage, warum die Männer denn so kurzfristig gewesen wären, nicht auch erst die Frauen zu organisieren, zur Antwort: „Ach, die Kollegen sagten, was gehen uns die Frauen an!“ — Neuerdings fand in Königsberg eine große Versammlung der Streikbrechervereine statt, in welcher besonders viele Frauen anwesend waren. Danach scheint es, als wenn die „Christlichen“ wohl wissen, daß sie die Frauen gewinnen müssen, um ihre Bewegung zu kräftigen und den freien Gewerkschaften das Wasser abzugraben. Den Gewerkschaftlern und den gewerkschaftlich organisierten Arbeitern — nicht allein in Königsberg — sollten diese Vorgänge ein Ansporn sein, unter den Frauen aufklärend zu agitieren. Bei zukünftigen Kämpfen werden uns dann goldene Früchte in den Schoß fallen. — Zum Schlusse quittieren wir noch dankend einen Auspruch des Referenten der „christlichen“ Versammlung, Herrn Predigers Konsehel, wonach „der unorganisierte Arbeiter eine Drohne im Bienenstock der Arbeiter ist, der sich von fremdem Schweiß nährt“. — Wir fügen dem hinzu: Noch viel schlimmer als diese Drohnen sind aber „christliche“ und „Hirsch-Dundersche“ Arbeiter, die den in den freien Gewerkschaften organisierten Arbeitern oft verräterisch in den Rücken fallen, wenn sie unter großen Entbehrungen mit den Unternehmern um mehr Lohn oder kürzere Arbeitszeit kämpfen. ck.

Ein Zweigbüro für Süddeutschland hat der Zentralverband der Handlungsgehilfen und Gehilfinnen Deutschlands (Sitz Hamburg) in München errichtet. Das Büro befindet sich Westendstraße 20 I. Der Zentralverband ist der einzige Verband, der die Interessen der kaufmännischen Angestellten rücksichtslos fördern kann, weil er nur Angestellte aufnimmt. Er ist die einzige Organisation, die alle Mißstände im Handelsgewerbe, besonders auch die durch die Frauenarbeit verursachten, durch gemeinsame Organisation der Gehilfen und Gehilfinnen beseitigen will. Jede vorwärtsstrebende Handlungsgehilfin, jeder Gehilfe muß sich ihm deshalb anschließen. Die organisierten Arbeiter dürfen nicht versäumen, ihre Söhne und Töchter, soweit diese im Handelsgewerbe tätig sind, auf die Pflicht zur gewerkschaftlichen Organisation, zum Beitritt in den Zentralverband hinzuweisen, und müssen darauf achten, daß ihre Kinder nicht etwa reaktionären Vereinen nachlaufen. Nur die Macht der Organisation kann die Verhältnisse im Handelsgewerbe bessern.

#### Quittung.

Bei der Unterzeichneten gingen im Februar für den Agitationsfonds der Genossinnen ein: Von einem Deutschen im Ausland für die Wahlklasse der sozialdemokratischen Frauen durch L. Br. 8 Mk.; Berlin, 6. Kreis, Prozentsatz der freiwilligen Parteibeiträge 50 Mk.; Albstadt durch Genossin Gerriken 25 Mk.; Dären (Aheini.) durch Genossin Heuzgen 4 Mk.; Essen a. Ruhr, Prozentsatz der freiwilligen Beiträge durch Genossin Deuper 10 Mk.; Elmshorn durch Genossin Rahnsen 7,50 Mk.; Geraer Frauen durch Genossin Weiser 5 Mk.; Heeren zwei ungenannte Genossinnen 1,20 Mk.; Überschuss einer Frauenversammlung 5 Mk.; für Jänspennigbons 8,50 Mk. durch Genossin Paehold; Pohnsdorf b. Chemnitz 10 Mk.; Jhehoe durch Genossin Volk 20 Mk.; Karlsruhe Dz. 10 Mk.; Kattowiz, Kwasnial 7,50 Mk.; Mülheim a. Rhein durch Genossin Schuhmacher 36 Mk.; Sande durch Genossin Krismansky 15 Mk.; Streckau b. Ludenau durch Genossin Hennemann 10 Mk.; Wittenberge, Abrechnung mit Genossin Hernowsky 15,81 Mk. Summa 248,51 Mk.

Dankend quittiert:

D'itile Baader, Berlin SW 68, Lindenstr. 3.  
Vertrauensperson der sozialdemokratischen Frauen Deutschlands.

## Das Konfirmationskleid.\*

Von Otto Erich Hartleben.

## I.

In Nordberlin, im Hinterhaus, vier Treppen, wohnt ein Student. Er war nicht reich; doch arm, blutarm war seine Wirtin, eine Witwe. Die saß in ihrem düsteren Hinterstübchen, und vor ihr stand bekümmert ihre Tochter, das bleiche, hübsche, vierzehnjährige Gretchen. Sie stand vor ihr, als wär sie schuldbehaftet, und ließ das Köpfchen hängen; ihre Mutter schalt auf sie ein mit ihrer harten Stimme:

Ein neues Kleid? Zur Konfirmation! Für'n lieben Gott! Was? Frag doch mal den Pastor, wieso denn die, die nicht mal so viel Geld bekamen, um in einem ganzen Kleide des Sonntags in die Kirche gehn zu können, wieso denn die an Gott noch glauben mußten! Geh, frag ihn, aber bitt' mich nicht um Geld und Kleider... freu dich, wenn du nicht verhungerst... Und weinend wendet Gretchen sich zur Tär. Da kommt ihr ein Gedanke. Mutter! ruft sie, ich will den Herren Doktor bitten — Mutter! Was lachst du? — Das ist recht! Nur zu! Nur zu! Es muß ja doch mal kommen. Geh nur hin! — Ich glaube, Mutter, daß er's tut. — Gewiß! Er wäre ja ein Narr, wenn er sich zierte! Und wieder lacht sie bitter höhnlisch auf.

Ein Bangen vor der Mutter saßt das Kind. Es geht hinaus und leise, schüchtern klopf es an des Studenten Tär. Herein! Und zagend, errötend überschreitet sie die Schwelle. Sie hat noch nicht gebettelt. —

Gretchen! Du? —

So komm doch näher, Kind... was gibt es denn? Was hast du denn? O sieh, du hast geweint! Gib mir die Hand: wer hat dir was getan? — Und freundlich faßt er ihre Hand und schaut in ihre großen braunen Augen. Ziehend, doch ohne Scheu sind sie auf ihn gerichtet. Und langsam sagt sie: Nächsten Sonntag schon, am Ostermontag... werd' ich eingeseget... und alle kommen sie in schwarzen Kleidern... in neuen schwarzen Kleidern... aber ich... ich hat die Mutter... Ach, wir sind so arm! Von jahem Mitleid mit sich selbst bewältigt, bricht sie aufs neu in heiße Tränen aus, und, wie nach Tröstung suchend, saßt sie fester die Hand des jungen Mannes.

Gretchen! Komm:

sei still! Und ihre linke Hand, mit der sie ihre Tränen trocknet, zieht er sanft herab. — Ich schenk' es dir, das schwarze Kleid! Dann aber stößt er sie fast rauh von sich: Ich habe noch zu tun! Komm! Sei gefcheit! Laß meine Hand! Ich habe noch zu tun.

## II.

Am Ostermontag früh — es war bald drei — kam der Student, der heut im Kreis der Freunde das Fest beim Gläserklang gefeiert hatte, vergnügt und aufgeräumt nach Hause.

Lastend

sucht er das Feuerzeug auf seinem Nachttisch. Er streicht ein Zündholz an — Was?

Und sofort

läßt er es wieder fallen. Was war das? — 's ist wieder dunkel. — Bin ich denn bezechet? Und wiederum streicht er ein Zündholz an. Es zittert seine Hand dabei. Er sieht nicht auf das Bett, bevor die Kerze nicht brennt — Himmel!

Auf dem offenen Bette liegt in festem Schlafe Gretchen: noch geschmückt, wie man es Gott zu ehren tat. Das Kleid ist aufgeknöpft — in ihrem Schoße liegt noch der verwelkte Strauß, und heitrer Friede ruht auf dem blassen Antlitz. Halb geöffnet sind ihre Kinderlippen, und ein Traum spielt wie ein Blütenduft um ihre Lippen.

Minutenlang betrachtet er dies Bild, starr, ohne Denken. Glühend heiß fühlt er das Blut in seinen Adern, wieder dann spürt er ein eiskalt Schauern bis ins Mark. Doch dann besinnt er sich und fährt sich über die Stirne mit der Hand und sucht zu lachen. Gretchen! Sie lächelt still im Traume.

Gretchen!

Sie fährt empor. Der Friede ist gewichen, und Schreck und Scham malt sich auf ihren Wangen. Mein liebes Kind, wie kommst du denn hierher? Hast du im Zimmer dich geirret? — Sie hält verwirrt ihr Kleid zusammen, senkt das Köpfchen. Nein, sagt sie, die Mutter schickte mich hierher. Ich sollte Sie erwarten. ... Ihnen danken. ... Sie hätten's so gewünscht —

Ich?! — Doch, jawohl. ...

Ich... wollte dich noch sehn in deinem Kleide, ich dachte nicht... es ist so spät geworden. Ja, und... der Pastor gab euch jedem doch ein Bibelwort, nicht wahr? Wie hieß denn deins?

Sie knüpft an ihrem Kleide: Selig sind, die reines Herzens sind. Sie sitzt und knüpft an ihrem Kleide.

Komm, nun geh hinüber. Und schlafe weiter: bist gewiß recht müde. Er führt sie an der Hand zur Tär. Da tritt die Alte ein.

Sie lacht — verächtlich fast:

Sie woll'n sie nicht? Auch gut. Es kommt ein anderer. Der Andere, der immer kommt. Gut Nacht! Wir wollten uns nicht lumpen lassen. ... Komm! — Und hinter ihnen fällt die Tär ins Schloß.

## Ein Stellbichein.

Von Iwan Turgenjef.

Ich saß, es war im Herbst, in der Mitte des September, in einem Birkenhain. Vom frühen Morgen an war ein feiner Regen gefallen, der bisweilen durch kurze, warme Sonnenblicke unterbrochen ward; es herrschte ein recht unbeständiges Wetter. Der Himmel war von stockigen, weißen Wolken bedeckt, durch die bisweilen auf Augenblicke hier und da ein heller Glanz brach, worauf sie sich öffneten und das helle klare Blau des Himmels gleich einem schönen klugen Auge sehen ließen. Ich saß, spähte ringsum und lauschte. Das Laub rauschte über meinem Haupte, und schon an dem Rauschen ließ sich erkennen, welche Jahreszeit in der Natur herrschte. Das war nicht das heitere, freundliche Rauschen des Frühlings, nicht das weiche Plätschern und Wispern des Sommers, oder das schüchterne kühle Säufeln des Frühherbstes; es war ein kaum hörbares, träumerisches Summen. Ein schwacher Wind bewegte kaum wahrnehmbar die Wipfel der Bäume. Das Innere des Haines, welches vom Regen troff, veränderte sich fortwährend, je nachdem die Sonne schien oder Wolken den Himmel bedeckten. Dann war er entweder hell erleuchtet und alles in ihm schien gleichsam zu lächeln, die dünnen Stämme der nicht allzu dicht stehenden Birken nahmen plötzlich einen zarten Glanz wie den von weißer Seide an; die auf dem Boden liegenden dünnen Blätter färbten sich bunt und funkelten in goldigem Glanze, und die hohen Stengel der Farnkräuter, welche schon in ihrer Herbstfarbe prangten, die der des überreifen Weines ähnlich war, schimmerten dazwischen durch; oder es war mit einem Schlage alles ringsum verdüstert; die hellen Farben verschwanden im Augenblick, die Birken standen bleich und ohne Glanz, weiß wie soeben gefallener Schnee, den noch nicht der kaltlächelnde Strahl der Winter Sonne geküßt hat, und verstoßen, wie ein Dieb, beginnt der feine Regen wieder durch den Wald zu rauschen.

Das Laub der Birken war zwar noch fast grün, aber es begann schon zu erbleichen; hier und da stand ein einzelner junger Baum, ganz rot oder gelb, und man mußte sehen, wie er auflebte unter der Sonne, wenn die hellen Strahlen durch die Masse der dünnen Zweige schossen, welche vom Regen genezt glänzten.

Kein Vogel war hörbar; sie hatten alle ein Obdach gesucht und schwiegen; nur bisweilen erschallte der stahlhell klingende Ruf der Kohlmeise. Bevor ich mir in diesem Birkenhain meinen Platz gewählt hatte, war ich mit meinem Hunde durch einen hohen Epenwald gekommen. Ich liebe diese Bäume allerdings nicht besonders; die Espe mit ihrem bleichlilafarbigem Stamm und den graugrünen, metallisch glänzenden Blättern, die sie so hoch als möglich hebt und im Winde ausbreitet, ich liebe nicht das ewige Zittern der runden unregelmäßigen Blätter, welche unbeholfen an ihren langen Stielen flattern; sie pflegt nur angenehm an manchen Sommerabenden zu sein, wenn sie sich allein mitten unter niederen Sträuchern erhebt und den rötlichen Strahlen der zur Miste gehenden Sonne Widerstand leistet, und erglänzt und zittert, von der Wurzel bis zum Wipfel übergossen von gelblichem Purpur — oder wenn sie an hellen windigen Tagen rauschend und sausend zum blauen Himmel aufstrebt und jedes ihrer Blätter, von Zittern ergriffen, sich losreißen zu wollen scheint, um in die Ferne zu entfliegen. Inbes im allgemeinen liebe ich die Espen nicht, und daher war ich auch nicht in dem Epenhain geblieben, um dort ein wenig auszuruhen, sondern war bis zu dem Birkenwald gegangen und hatte mich dort unter einem Baume niedergesetzt, dessen Aste schon niedrig über dem Boden begannen, und der mich daher vor dem Regen zu schützen vermochte. Endlich war ich sogar eingeschlummert in jenen sorglichen, leisen Schlaf, wie er nur den Jägern bekannt ist.

Ich kann nicht sagen, wie lange ich geschlafen haben mochte, aber als ich die Augen öffnete, war alles rings um mich erhellt von Sonnenlicht, und in allen Richtungen, durch das freudig rauschende Laub hindurch, blinkte und funkelte der hellblaue Himmel. Die Wolken waren auseinandergegangen, vom Winde zerteilt, das Wetter hatte sich aufgeklärt, und in der Luft lag jene sonderbare trockene Frische, welche, das Herz gewissermaßen ermutigend,

fast stets als Vorzeichen eines stillen, hellen Abends nach einem unangenehmen Tag anzusehen ist.

Ich wollte soeben aufstehen, um von neuem mein Jagdglück zu versuchen, als plötzlich meine Augen auf einer unbeweglichen menschlichen Erscheinung haften blieben. Ich schaute näher hin und erkannte ein junges Dorfmadchen. Sie saß etwa zwanzig Schritte entfernt von mir, den Kopf nachdenkend geneigt und beide Hände auf die Knie gestützt. In der einen Hand, die zur Hälfte geöffnet war, lag ein dicker Strauß von Feldblumen, und mit jedem Atemzug hob sich derselbe auf dem gewürfelten Rocke. Ein sauberes weißes Hemd, am Halse und an den Armen zugeknöpft, schmiegte sich in zarten, weichen Falten um ihre Taille, und dicke gelbe Perlenchnüre schlängten sich doppelt um ihren Hals bis auf die Brust herab. Sie war sehr hübsch; dichtes, helles Haar von schöner aschblonder Farbe fiel in zwei sorgfältig geordneten Wellen unter der schmalen roten Stirnbinde hervor und schlang sich um die Stirn, die weiß wie Elfenbein war. Das Gesicht besaß jenen zarten, goldigen Anhauch, welcher nur einer feinen Haut eigen ist. Ihre Augen konnte ich nicht sehen, da sie dieselben senkte, aber die zarten, hochgewölbten Brauen konnte ich erkennen und die langen Wimpern. Sie waren feucht, und auf der einen Wange glänzte noch die Spur einer verriegelten Träne in der Sonne, die erst an den jetzt leicht erbleichten Lippen Halt gemacht hatte. Der Kopf war liebreizend, und selbst die etwas dicke und rundliche Nase tat dem feinen Eintrag. Der Ausdruck ihres Gesichts zog mich an; er war so einfach und so sanft, so traurig und so voll von kindlichem Schmerz über die eigene Qual. Sie wartete offenbar auf jemand; im Walde knisterte es leise, sie hob sofort den Kopf und blickte sich um; in dem Halbdunkel der Schatten blühten vor mir ihre Augen, groß, glänzend und erschreckt, wie die einer Hirschkuh. Einige Augenblicke lauschte sie, ohne die weitgeöffneten Augen von dem Orte wegzuzwenden, von welchem das Geräusch hörbar geworden war, dann seufzte sie auf und bewegte leise das Haupt, welches sie nun noch tiefer senkte, langsam die Blumen zusammenfassend. Ihr Auge war vom Weinen gerötet, die Lippen zuckten schmerzlich, und eine steife Träne glitt aus den dichten Wimpern, funkelnd auf der Wange haften bleibend. Es verging ziemlich geraume Zeit; das arme Kind rührte sich kaum, nur bisweilen rang sie sehnächtig die Hände und lauschte immer wieder. Wiederum regte sich etwas im Walde — sie schauerte zusammen. Das Geräusch verstummte aber nicht wieder, es wurde deutlicher, näherte sich, und man vernahm endlich das Rascheln eiliger Schritte. Sie richtete sich auf und schien die Fassung zu verlieren, ihr Blick glitt unstet und sie siebte vor Erwartung.

Durch die Bäume hindurch wurde die Gestalt eines Mannes sichtbar.

Das Mädchen blickte auf, sie atmete tief und lächelte entzückt und glücklich; sie wollte aufspringen, aber so gleich war sie wie niedergeschlagen, erbleichte und ward ängstlich — dann richtete sie einen fast beschwörenden Blick auf den herankommenden Mann, als dieser vor ihr stehen blieb.

Neugierig heftete ich meine Blicke auf denselben hinter meinem Versteck hervor; aber er machte auf mich keinen angenehmen Eindruck. Er mochte dem Anschein nach der blaßierte Kammerdiener eines jungen, reichen Herrn sein. Sein Anzug verriet einen Zwiepalt zwischen Geschmack und sturherafter Nachlässigkeit; er trug einen kurzen Paletot in Bronzefarbe, wahrscheinlich das Eigentum seines Herrn, bis oben an zugeknöpft, eine rosafarbene Krawatte mit lilafarbenem Saum und eine schwarze samtne Mütze mit goldenen Galons, die bis in die Augen herabgezogen war. Der Halsragen seines weißen Hemdes rieb ihm unbarmherzig die Ohren und schnitt ihm in die Backen, während die weißgestärkten Manschetten ihm bis über die roten steifen Finger reichten, die mit silbernen und goldenen Ringen geschmückt waren. Sein rotes, frisches und freches Gesicht gehörte zu der Zahl jener Physiognomien, welche, wie ich oft bemerkt habe, den Männern meist unangenehm sind, aber den Frauen vielfach gefallen. Er bemühte sich, seinen rohen Zügen einen hochmütigen und gelangweilten Ausdruck zu geben, unaufrichtig kniff er seine schon ohnehin kleinen, grauen Augen zusammen und blinzelte, zog die Mundwinkel lang, gähnte angelegentlich und nachlässig und strich sich nicht ohne Gewandtheit über die roten Schläfen oder über den Flaum von Härchen, welcher seine dicke Oberlippe bedeckte — mit einem Worte — er langweilte sich unendlich. Er begann sich zu langweilen, sobald als er das junge Bauernmädchen erblickt hatte, welches seiner wartete. Langsamem Schrittes trat er zu ihr, blieb stehen, hob die Schultern, steckte beide Hände in die Taschen seines Paletots und ließ sich, das junge Mädchen kaum eines Blickes würdigend, auf den Boden nieder. (Schluß folgt.)

Verantwortlich für die Redaktion: Hr. Clara Reisin (Funde), Wilhelmshöhe Post Tegeloch bei Stuttgart. Druck und Verlag von Paul Singer in Stuttgart.

\* Aus „Meine Verse“. Berlin 1905. S. Fischer, Verlag.